

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

## Borsigs Weihnachtsgruß

Die geprellten Werksparer — Auch die Borsigsche Pensionskasse steilt Zahlungen ein — Es ist Preisgabe des Geschäftsgeheimnisses und Kontrolle durch Vertrauensleute der Arbeiter zu fordern

### Die Aufgabe der Borsig-Belegschaft

Mit der am Montag erfolgten Stilllegung des Borsigwerkes in Tegel sind erneut rund 3000 Arbeiter mit ihren Familien mitten im Winter dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben worden. Die Verzweiflung ist um so größer, als tatsächlich mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die fälligen Löhne nur zu einem kleinen Teil ausgezahlt werden können.

Es steht jetzt auch fest, daß das Vermögen der Werksparkasse unwiderbringlich verloren ist und die Sparer gerade in einer Stunde das Nachsehen haben, in der sie die Notgroschen am dringendsten gebrauchen.

Ein anderer Skandal spinnt sich um die Pensionskasse,

deren Reserven denselben Weg ins Nichts gegangen sind, wie die Einlagen der Werksparkasse. Wenn es sich hierbei auch lediglich um eine freiwillige Einrichtung des Borsigwerkes handelte, zu der die Angestellten und Arbeiter keine Beiträge geleistet haben, so trifft doch die Belegschaft dieses Schicksal der Pensionskasse als ein harter Schlag. Nicht nur ist für viele die Hoffnung verfliegen, an ihrem Lebensabend in der Pensionskasse eine Stütze gegen die ärgste Not zu finden, sondern es werden auch

600 frühere Werksangehörige, die im Genuß von Pensionen stehen, direkt durch die Einstellung der Auszahlungen betroffen.

Der Belegschaft des Borsigwerkes hat sich unter diesen Umständen eine nur allzu begreifliche Erregung bemächtigt. Arbeiter und Angestellte fühlen sich belogen und betrogen und verlangen nach einer Klarstellung des Sachverhalts. Ein Eingreifen der Staats-

anwaltschaft erscheint dringend geboten, und sei es nur, um möglichen Verwischungen und Korrekturen zuvorzukommen. Darüber hinaus ist erforderlich, daß das bei dem Borsigwerk infolge seiner Gesellschaftsform als G. m. b. H. stets mit peinlichster Strenge gewährte

**Geschäftsgeheimnis gebrochen** wird und die Belegschaft sofort für sich das Recht in Anspruch nimmt, die gesamten Bücher und Unterlagen durch eigene Vertrauenspersonen nachprüfen zu lassen. Das Recht hierzu leitet sich ohne weiteres aus den mit in den Bankrott gezogenen Guthaben der Werksparkasse ab, an der rund 70 Prozent der Belegschaft beteiligt sind. Nur so besteht Aussicht, einmal die wahren Verantwortlichkeiten an dem Bankrott einwandfrei festzustellen und zum andern die größtmögliche Gewähr dafür zu schaffen, daß nicht die Belegschaft zum Hauptleidtragenden des Zusammenbruchs wird. Auf diesem Wege allein wird auch festzustellen sein, wie eine Sanierung des Werks, an der die Belegschaft naturgemäß im höchsten Maße interessiert ist, durchgeführt werden kann, ohne Gefahr zu laufen, daß letzten Endes hierdurch nur die Firmeneinhaber auf Kosten der Gesamtheit saniert werden, eine Gefahr, die sich hinter allen Subventionierungswünschen immer wieder erhebt.

Die von uns geforderte Kontrolle ist auch um so notwendiger, als gegen die Buchführungsmethoden des Borsig-Werkes ohnehin stärkste Bedenken geltend gemacht werden. Beispielsweise bescheinigt die „Frankfurter Zeitung“ dem Werk

„eine kaufmännische Rückständigkeit der Leitung“,

und wirft ihr vor, sie habe zu sehr in der Tradition gelebt und auf die Erhaltung des

Bestehenden mehr Wert gelegt, als auf die für einen Kaufmann notwendige Anpassung an neue Entwicklungen“. „Tradition“ — das heißt in diesem Falle nichts anderes als Schlampelei. Die „Frankfurter Zeitung“ spricht denn auch in diesem Zusammenhang von einem „unheilvollen Familienstolz“, und sollte sich herausstellen, daß hier in der Tat die letzte und eigentliche Ursache des plötzlichen Niedergangs dieses Werks liegt, dann müßte die Empörung über das Schicksal der Werksparkasse sich vollends ins Maßlose steigern, da auch ihre Sparer ein Opfer dieses Familienstolzes geworden wären.

### Nach Borsig auch Hanomag?

**Entlassung der gesamten Belegschaft** Wie uns aus Hannover mitgeteilt wird, hat die Hanomag an die Regierung den Antrag auf zeitweise Stilllegung der Hanomag gestellt. Das Werk schließt vom 29. Dezember bis Mitte Januar. Angeblich handelt es sich nur um eine „vorübergehende Stilllegung“, aber vermutlich dürfte eintreten, was der „Hannoversche Kurier“ meldet, daß nämlich die Hanomag „denselben Weg wie verschiedene Großbetriebe“ gehen wird, wobei das hannoversche Blatt wohl nicht zu allerletzt auch an das Tegeler Borsig-Werk gedacht haben dürfte.

Die Hanomag hatte sich auf dem Automarkt seinerzeit einen hervorragenden Platz erworben, weil das Werk als erstes in Deutschland einen billigen populären Wagen herausgebracht hat. Wenn es jetzt auch die Segel streichen muß, so nicht zuletzt dank jener Politik, die in der Vernichtung der Kaufkraft das wichtigste Medikament gegen die Wirtschaftskrise erblickt.

### Senkung der Personalkosten

Beamte, deren Stelle infolge der im Ersten Teil vorgesehenen Maßnahmen wegfällt, werden in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die früheren Gesetze, wonach bei Volksschul-, Mittelschul- und Handelslehrern die Differenz zwischen den jetzigen und früheren höheren Bezügen auf die Pension angerechnet wird, fallen ab 1. Februar 1931 fort.

### Altersgrenze

Die bisherigen Gesetzesbestimmungen, wonach Staatsbeamte usw. mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres zunächst folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand treten, fallen für die Volksschullehrer fort. Das bisherige Gesetz findet auf Leiter(innen) und Lehrer(innen) an öffentlichen Schulen, auch soweit sie unmittelbare Staatsbeamte sind, mit der Maßgabe Anwendung, daß an Stelle des 65. das 62. Lebensjahr tritt.

### Praxis des „Preisabbaues“

Die Margarinefabrikanten haben die Preise für ihre Produkte milderer Qualität um durchschnittlich 5—6 Pfennige pro Pfund erhöht, obwohl die Rohstoffpreise in jüngster Zeit erheblich gesunken sind.

Eine Illustration zum Thema Preisabbaues, wie sie effektvoller selbst vom „Vorwärts“ nicht erdacht werden kann.

### Die revolutionäre Massenpartei

Zur KPO-Reichskonferenz

Fritz Rück  
„Wenn der Faschismus trotz unseres Wirkens kommt und die Partei (KPD) infolge des ultralinken Kurses zusammenbricht, dann werden wir die Partei, aber nur durch unsere eigene Kraft.“  
Ein Diskussionsredner der Thalheimer-Richtung auf der Reichskonferenz der KPO.

Die Reichskonferenz der kommunistischen Opposition hat in organisatorischer Richtung keine Entscheidung gebracht, aber durch die Betonung, daß damit die Diskussion abgeschlossen sei, sind die Voraussetzungen für die Spaltung erfüllt. Welchen Weg die zahlenmäßig unterlegene Minderheit nun einschlagen wird, muß das Ergebnis ihrer eigenen Selbstverständigung sein; wir hoffen, daß diese Entscheidung rasch und in der Richtung fällt, daß dadurch die in der SAP gegebenen Elemente des neuen Aufbaus einer revolutionären Massenpartei des deutschen Proletariats verstärkt werden.

Im Verlaufe der Diskussion und auf der Reichskonferenz selbst wurde teilweise gegen den Willen vor allem der Brandier-Thalheimer-Richtung die Frage der

Voraussetzungen der Bildung einer dritten proletarischen Partei

in Deutschland in den Mittelpunkt gerückt. In dem Ausspruch eines Delegierten, den wir an die Spitze dieses Artikels gestellt haben, kommt in vergrößerter Form, aber dadurch bedingt größerer Klarheit die Perspektive eines großen Teils der Organisation zum Ausdruck. Sie muß in ihrer Konsequenz die Mehrheit der Gruppe, die wir trotz ihrer falschen taktischen Einstellung und trotz der an unsere Adresse gerichteten Liebenswürdigkeiten als eine wertvolle Kraft im Neuformierungsprozeß des deutschen Proletariats betrachten, in eine Sackgasse führen und so einen großen Teil der in drei Jahren geleisteten Arbeit der Kritik wieder zu nichte machen. Wir beneiden die kommunistische Opposition nicht um diese Situation, in die sie durch die Manövrierfähigkeit ihrer führenden Leute gebracht worden ist. Wir haben gleichzeitig die bestimmte Hoffnung, daß

die von Thalheimer in den zentristischen Abgrund geschleuderte SAP das zustande bringen wird, was der kommunistischen Opposition versagt war: die Schaffung einer breiten Massenpartei des deutschen Proletariats,

die auf der Basis der revolutionären Theorie eine revolutionäre Taktik entwickelt und die imstande ist, die revolutionäre Bewegung in Deutschland von der hemmenden Einwirkung der Stalinschen bürokratischen Entartung des bolschewistischen Organisationsprinzips zu befreien.

Damit sind wir am Kernpunkt der ganzen Auseinandersetzungen angelangt. Der große Dialektiker Thalheimer sieht in der deutschen kommunistischen Bewegung neben der Fortdauer und teilweisen Verschärfung des ultralinken Kurses auch Gegen Tendenzen wachsen, die eine taktische Umstellung auf die Notwendigkeiten einer revolutionären Massenbewegung vorbereiten. Wir sehen diese Gegen Tendenzen ebenfalls, sie erwachsen konsequent aus den veränderten Bedingungen der Massenbewegung und spiegeln die im ganzen deutschen Proletariat Ausdruck suchenden Bestrebungen für die Schaffung der Einheit der Klasse oder ihres fortgeschrittensten Teiles in der Aktion wider.

Wenn wir aber die Erfahrung der letzten acht Jahre genau untersuchen, kommen wir

## Kultur- und Sozialreaktion Preußens neueste Notverordnung

In der Forstverwaltung sollen eine Reihe von Stellen aufgehoben werden. — Dagegen in der Handels- und Gewerbeverwaltung, der Bergwerksverwaltung werden bis 1. Oktober 1932 vier Bergreviere aufgelöst. In der Justizverwaltung sind

mindestens 60 Amtsgerichte aufzuheben, und zwar bis 30. September 1932. Für den Bereich des Innenministeriums ist die Zahl der Kreise zu vermindern.

Die Zahl der Regierungen ist zu vermindern.

Die Geschäfte der Versicherungsämter bei kreisangehörigen Gemeinden gehen ab 1. April 1932 auf die dortigen staatlichen Versicherungsämter über. In der landwirtschaftlichen Verwaltung werden die Landeskulturämter und das Oberlandeskulturamt spätestens ab 1. April 1933 aufgehoben. Die Kulturbauämter werden aufgehoben. Der Zuschuß für die Gestütsverwaltung wird für 1932 auf 3,6 Millionen gesenkt und darf am 1. April 1933 höchstens 2 Millionen betragen. Für den Bereich des Kultusministeriums werden im Hochschulwesen Kultus- und

Finanzminister durch Senkung der Sach- und Personalausgaben sowie durch organisatorische Maßnahmen alsbald weitere Einschränkungen vornehmen. In der Kunstverwaltung sollen Professoren aufgehoben werden, mit Abschluß des Wintersemesters 31/32 werden die Kunstakademien Königsberg, Kassel und Breslau aufgehoben, die Staatstheater in Kassel und Wiesbaden und das Schiller-Theater Berlin mit Ablauf der Winterspielzeit geschlossen.

Auf dem Gebiet der Volksbildung wird die Hochschule für Leibesübungen in Spandau aufgehoben, von den pädagogischen Akademien (zur Zeit 16) werden ab 1. April 1932 neun geschlossen.

50 weitere Schulaufsichtskreise werden aufgehoben, noch nicht begonnene Bauten werden gestrichen.

Für die Fürsorgeerziehung werden nur noch 15 Mill. ausgesetzt. Im Siedlungswesen werden die Staatsleistungen auf eine Jahreshöchstleistung von 7,7 Mill. ausschließlich für die bis 1. April 1932 gegründeten Siedlerstellen beschränkt, dafür wird Domänenland von etwa 50 000 ha unentgeltlich zu Siedlungszwecken zur Verfügung gestellt.

## Beleidigt

Der „Vorwärts“ ist beleidigt. Weniger für sich selbst und seine Partei, als für die „Eiserne Front“, als deren Organ er sich fühlt. Von der „Aktion“, die in der letzten Woche unmittelbar nach dem Beschluß der weiteren Tolerierung mit riesengroßen Worten ins Werk gesetzt wurde, hat nämlich in ganz Deutschland kein Mensch Notiz genommen. Darob weint der „Vorwärts“ in seinem Sonntags-Leitartikel Krokodilstränen.

„Auch der Regierung Brüning wird bekannt geworden sein, daß sich am 16. Dezember die Sozialdemokratische Partei, die Freien Gewerkschaften, das Reichsbanner und die Arbeitersportorganisationen zu einem festen Abwehrblock gegen die faschistische Gefahr zusammengeschlossen haben.“

Wer den Kampf gegen den Faschismus will, dem kann es nur willkommen sein, wenn er starke Bundesgenossen findet. Die Frage, ob Herrn Brüning die Bildung der „Eisernen Front“ erwünscht ist oder nicht, scheint daher einigermaßen absurd.

Der Regierung Brüning wird wahrscheinlich sogar bekannt geworden sein, was der „Vorwärts“ seinen Lesern bisher vorenthalten hat: daß auf dem Umweg über die „Eiserne Front“ Leiparts Plan von der „gewerkschaftlichen Einheitsfront“ verwirklicht worden ist. Wenn Brüning nicht im geringsten von der „Eisernen Front“ Notiz nimmt, so zeigt das, „Vorwärts“ nicht anders zu erwarten, daß er eine Bedrohung seiner faschistenfreundlichen Politik von dieser Seite nicht fürchtet.

Aber unfreundlich ist es doch von Herrn Brüning, daß er von den Aktionen seiner stärksten Stütze, der Sozialdemokratie, gar keine Notiz nimmt. Wie sehr sie eine liebenswürdigere Behandlung verdient, beweist sie in dem gleichen Artikel, in dem sie Brüning und Stegerwald gegen den Vorwurf der Arbeiterfeindlichkeit in Schutz nimmt: „Sie (Brüning und Stegerwald) der Arbeiterfeindlichkeit zu zeihen, wäre leicht, aber ungerecht“. Härten, die die Arbeiter treffen, sind natürlich unvermeidlich, aber „Unmenschlichkeiten“ werden sie nicht billigen und nicht verantworten können.“

Das Vertrauen der Sozialdemokratie zur Regierung ist demnach unerschüttert. Die Leser des sozialdemokratischen Zentralorgans werden sich nur fragen, was die Partei unter „Unmenschlichkeiten“ versteht. Die 5 Millionen Arbeitslosen, die um 3,5 Milliarden im Lohn und Gehalt gekürzten Arbeiter und Angestellten werden die Frage anders beurteilen als Brüning, Stampfer, Wels und Leipart.

## Ballade vom Preisabbau

oder  
**Prolet am Goldenen Sonntag**

Vor gerade jetzt zwei Wochen  
Hat Herr Brüning uns versprochen:  
Alle Preise werden sinken;  
Neuer Aufstieg wird uns winken.

Drob die Presse gar nicht faul,  
Nahm verflucht gleich voll das Maul;  
Weitersinken ist unmöglich,  
Preisabbau ist unerträglich.

Goerdeler, Preiskommissar,  
Nahm die Konjunktur schnell wahr,  
Redete von Weltmarktpreisen,  
Die schon längst aus den Geleisen.  
Redete von fixen Kosten  
Und von andern schönen Posten,  
Die es glatt unmöglich machen,  
Daß die Kleidungspreise krachen.

Doch die Großbetriebe rufen:  
Umsatzsteuer in acht Stufen  
Treiben gleich den Preis hinauf.  
Hausse, nimm denn deinen Lauf!

Herr Tiburtius darf nicht zehlen,  
Wenn es gilt, was zu erzählen  
Von der Unvernunft der Massen,  
Die das Kaufen unterlassen.

Unsere textile Presse  
 („Schuh und Leder“ nicht vergesse!)  
Fällt Herrn Brüning in die Seite  
Und ruft offen aus die Pleite:  
Pleite ist's mit dem Preisabbau;  
Deukon weiß das ganz genau,  
Auch T. Z., Konfektionär,  
Schuh und Leder und noch mehr.

An den Läden seht ihr's prangen,  
Überall groß ausgehangen:  
Preise können nicht mehr  
Sanken ja schon zum Ertrinken.

Merke Dir, Prolet,  
Ehe es zu spät;  
Brüning gab sein Wort:  
Kaufkraft steht hinfort,  
Löhne sinken nominell,  
Preise fallen auf der Stell'.

Freude drob der SPD:  
Lohnraub tut ja gar nicht weh;  
Lassen wir ihm Zeit —  
Brüning ist gescheit;  
Hitler kommt legal  
Auch nicht auf einmal.  
Denn wir halten still,  
Ganz wie Groener will.  
Mit der Zeit wächst Gras  
Über dies und das.  
Löhne sterben ab,  
Gras wächst auf dem Grab  
Der verhungerten Millionen,  
Die ... im bess'n Jenseits wohnen.

Und beim nächsten Morgenrot  
Ist der Preisabbau auch tot.

# „Wir lassen Youngplan nicht zerreißen“

## Außenpolitische Rede Laval — Nationalwirtschaft gegen alle Vernunft

Paris, 21. Dezember.

Ministerpräsident Laval hat die Gelegenheit des Festessens zu Ehren des Luftfahrtministers Dumesnil in Chapelle-la-Reine dazu benutzt, um die außenpolitische Haltung Frankreichs im Sinne seiner letzten großen Kammerrede noch einmal zu bekräftigen.

In diesen schwierigen Zeiten könne sich kein Land abschließen und ganz auf sich selbst stellen. In dem Augenblick aber, in dem die Staaten die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit voll erkannt hätten, seien sie gezwungen, eine Politik des nationalen Protektionismus durchzuführen.

Heute genüge es nicht mehr, die Zollsätze zu erhöhen, sondern Frankreich sei genötigt, den Weg des Kontingentierungssystems einzuschlagen, um den inneren Markt zu schützen. Andererseits müsse man sehr vorsichtig vorgehen, um die Ausfuhr keinem zu starken Rückgang auszusetzen.

In der

Schulden- und Reparationsfrage

sei die Aufgabe der französischen Regierung ebenso bedeutsam wie schwierig. Die Sachverständigen hätten sich in Basel versammelt.

Sie würden demnächst ihren Bericht abgeben. Die natürliche Folge sei eine Konferenz der Regierungen, die bald stattfinden solle. Im Hinblick auf diese Konferenz müsse man feststellen,

daß eine Neuregelung nur für die Dauer der deutschen Wirtschaftskrise, d. h. also zeitlich begrenzt, getroffen werden könne.

Ferner werde Frankreich die Frage der ungeschätzten Zahlungen ebenso wie im vergangenen Juli nur im Rahmen des Young-Plans behandeln und nicht zulassen, daß die Reparationen den Privatschulden zum Opfer gebracht werden. In gewissen Ländern habe man zu schnell erklärt, daß die Schulden und Reparationen beseitigt werden müßten. Angesichts der Haltung der Vereinigten Staaten würden die betreffenden Regierungen jetzt vermutlich weniger begierig sein, diese kühne Initiative aufrecht zu erhalten. Auf einen Zuruf aus der Versammlung, fest zu bleiben, erwiderte Laval:

„Wir werden den Youngplan nicht zerreißen lassen.“

Schließlich äußerte sich der Ministerpräsident über die bevorstehende

Abrüstungskonferenz.

Man habe Frankreich beschuldigt, es vergrößere die Schwierigkeiten und wünsche sogar die Vertagung dieser Konferenz. Er könne dagegen erklären, daß die Vertreter Frankreichs an dem für die Eröffnung festgesetzten Tag in Genf erscheinen würden. Die französische öffentliche Meinung sei friedlich und habe den Krieg. Hegemonieabsichten lägen dem Volk fern. Die französische Heeresausgaben dienten ausschließlich der Verteidigung und nicht dem Angriff.

In Frankreich gebe es nicht wie in anderen Ländern eine in militärischem Geist erzogene Jugend.

Als Leiter der französischen Regierung weist er die gegen Frankreich gerichtete Anklage des Militarismus zurück. Die Vergangenheit mahne jedoch zur Vorsicht. Die Vertreter Frankreichs würden sich nicht weigern, einer raschen Lösung die Hand zu bieten. Andererseits jedoch werde Frankreich niemals nichtssagende Formeln annehmen und auf diese Weise seine Sicherheit gefährden. Die französische Haltung werde mit den Interessen des eigenen Landes, des Weltfriedens und der europäischen Ordnung in Einklang bleiben.

## Moskau-Paris

Der angebliche Text des Nichtangriffs-

TU. Paris, 21. Dezember.

Das „ECHO de Paris“ veröffentlicht am Montag den Inhalt des am 24. August paraphierten französisch-sowjetrussischen Nichtangriffspaktes. Abgesehen von der umfangreichen Präambel enthält das zwischen dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Berthelot, und dem Sowjetbotschafter Dowgalewski abgeschlossene Abkommen sechs Artikel und einige Zusätze.

Artikel 1 besagt: Die beiden Staaten verpflichten sich, sich gegenseitig nicht anzugreifen.

Artikel 2: Die beiden Staaten verpflichten sich, im Fall eines Angriffs einer dritten Macht auf eines der beiden Länder die Neutralität zu wahren.

Artikel 3: Die beiden Staaten verpflichten sich, keinem gegen den Handel eines der beiden Länder gerichteten Verträge beizutreten und werden sich im gegenseitigen Warenaustausch keine Schwierigkeiten bereiten.

Artikel 4: Beide Mächte versichern, daß sie auf jede Propaganda gegeneinander verzichten und sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten zum Zwecke eines gewaltsamen Umsturzes enthalten werden.

Artikel 5: Um jeden Streitfall zwischen den beiden Mächten beizulegen, wird ein besonderes Verständigungsverfahren geschaffen.

Artikel 6: Der Vertrag läuft zwei Jahre und kann mit einjähriger Frist gekündigt werden.

Dieser Vertragstext sei Polen, Rumänien, Lettland, Estland und Finnland mitgeteilt worden. Gleichzeitig habe man Polen die Versicherung abgegeben, daß der Pakt nicht in Kraft treten werde, so lange nicht auch zwischen Warschau und Moskau ein Nichtangriffsvertrag abgeschlossen sei. Polen seinerseits habe Rumänien und den baltischen Staaten die gleiche Versicherung abgegeben.

Das nationalistiche „ECHO de Paris“ bezeichnet diesen Text als unannehmbar.

## „Allgemeiner Zusammenbruch“

Letzte Rettung: Regierungsgarantie

Der bekannte englische Wirtschaftssachverständige Sir George Paish befaßte sich in einem Interview, das er einem Vertreter der „Associated Press“ in London gewährte, mit der gegenwärtigen Weltdepression.

Binnen zwei Monaten, so erklärte er, sei ein allgemeiner Zusammenbruch möglich, wenn nicht umgehend eine vorübergehende Regierungsgarantie für die Zahlungsfähigkeit der Banken geleistet und eine internationale Konferenz einberufen werde. Nur durch derartige Maßnahmen könne das Vertrauen wiederhergestellt werden. Eine internationale Konferenz könne am besten von den Vereinigten Staaten einberufen werden. Jede Nation müsse mit dem Willen daran teilnehmen, einen möglichst großen Beitrag zum Wiederaufbau der Welt zu leisten und dürfe nicht bestrebt sein, soviel wie möglich nur für sich selbst herauszuschlagen.

## Missionar a. D. als Mörder

TU. Köln, 21. Dezember.

Auf der Peterstraße spielte sich am Sonntag nachmittags eine furchtbare Bluttat ab. Der Arbeiter Friedrich Schröder, ein früherer Missionar, lauerte seiner ehemaligen Braut Margarethe Bodden auf, die er schon mehrfach mit dem Tode bedroht hatte. Das Mädchen wollte in einen Hausrat-Tüchten. Der Mann folgte ihr und gab drei Schüsse ab, die den sofortigen Tod des Mädchens herbeiführten. Der Mörder unternahm dann einen Selbstmordversuch und schoß sich zwei Kugeln in den Kopf. Sein Zustand ist hoffnungslos.

## 7 Prozent Lohnabbau für Maßschneider

TU. Dortmund, 20. Dezember.

Im Manteltarif- und Lohnstreit der deutschen Herrenmaßschneiderei wurde am Sonntag in Dortmund unter dem Vorsitz der drei Unparteiischen, nämlich des Schlichters für Westfalen, Prof. Dr. Brahn, des Landgerichtsdirektors Dehnicke und des stellvertretenden Schlichters für Westfalen, Klostermann, ein bindender Schiedsspruch gefällt, der die Löhne im Durchschnitt etwa um sieben vH. herabsetzt. Ferner wurden im Zeitakkord einige Herabsetzungen vorgenommen. Der Rahmentarif tritt am 1. Januar 1932 in Kraft und läuft bis zum 31. Dezember 1932. Der Lohntritt tritt ebenfalls am 1. Januar 1932 in Kraft und kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. August 1932 gekündigt werden.

Für die deutsche Damenmaßschneiderei wurde ebenfalls ein bindender Schiedsspruch gefällt, der die Löhne in ungefähr demselben Ausmaß senkt wie bei der Herrenschneiderei.

Angst vor Zollkrieg. Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden Vertreter des Deutschen Reiches und der Schweiz vor Ablauf des am 18. Dezember gekündigten deutsch-schweizerischen Handelsvertrages noch einmal zusammentreten, um zu beraten, wie ein Zollkrieg zu vermeiden ist.

## Für zwei Millionen 4-Pfennig-Stücke

Einziehung der Fünfer?

TU. Berlin, 19. Dezember.

Der Reichsrat stimmte in seiner Vollversammlung am Sonntagabend in der Notverordnung vorgesehenen Ausprägung von Reichskupfermünzen im Nennbetrage von 4 Pfennig in einer Gesamthöhe von zwei Millionen Mark zu. Die Aufnahme der neuen Münzen, so heißt es in der Mitteilung des Reichsfinanzministers an den Reichsrat, wird zeigen, in welchem Ausmaße weitere Prägungen vorzunehmen sind. Die Reichsregierung hat auf die Ausprägung dieser Münzen großen Wert gelegt, da sie sich davon eine Unterstützung der Preisensenkungsaktion verspricht. Die im glatten Ringe geprägten Münzen bestehen aus einer Legierung von 95 Teilen Kupfer, 4 Teilen Zinn und 1 Teil Zink. Sie erhalten einen Durchmesser von 24 mm und ein Gewicht von 5 Gramm.

Die Absichten der Reichsregierung gehen weiter dahin, alsbald die 5-Pfennig-Stücke einzuziehen und dafür 4-Pfennig-Münzen auszugeben, so daß dann neue Ausprägungen für etwa 28 Millionen Reichsmark erfolgen würden. Mit dieser Frage wird sich der Reichsrat im Januar noch beschäftigen.

## Wo bleibt Radiogeühren-Abbau?

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer ist von Jahr zu Jahr gestiegen. 1928 waren es 2 235 000, 1929 schon 2 839 000 Teilnehmer und 1930 rund 3 732 000 (am Jahresschluß 1930, sonst Ende März).

Die Einnahmen des Rundfunks — je Anschluß und Monat bekanntlich 2 Mark — beliefen sich sonach für 1928 auf 4½ Millionen Mark im Monat, jetzt aber auf 7½ Millionen Mark. Gerade beim Rundfunk mit seinen hohen fixen Kosten sind die Ausgaben bestimmt nicht im gleichen Verhältnis wie die Einnahmen gestiegen. Um so dringlicher ist im gegenwärtigen Zeitpunkt eine einschneidende Senkung der Gebühren. Die Post, die die Hälfte der Gebühren erhält und daraus die technischen Einrichtungen zu unterhalten hat, muß mit 2 Millionen Mark im Monat auskommen können. Dann kann sie sogar noch drei Großsender im nächsten Jahr errichten, obwohl wir es dahingestellt sein lassen, ob gegenwärtig nicht auch die vorhandenen Einrichtungen ausreichen; der Rundfunkhörer hat andere Sorgen; er gibt sich mit dem Vorhandenen zufrieden, wenn seine Kosten am Rundfunkempfang entsprechend gesenkt werden. Mehr als 2 Mil-

lionen Mark monatlich brauchen auch die Sendegesellschaften keinesfalls. Es ist ein glatter Skandal, daß allein die 17 leitenden Herren nicht weniger als 519 000 Mark jährlich bezogen haben. Auch wenn diese Summe jetzt um nur 9 Prozent auf 472 000 Mark gesenkt wird, stehen diese Ausgaben in gar keinem Verhältnis zu berechtigten Ansprüchen. Dafür werden die unteren Angestellten und die Künstler natürlich schandbar schlecht bezahlt, von „prominenten“ Darbietern in Wort und Ton abgesehen.

Billigt man aber dem Rundfunk insgesamt 4 Millionen Mark im Monat für Post und Sender zu, so braucht die Gebühr bei 3,73 Millionen Hörern nicht mehr als 1,10 Mark im Monat zu betragen. Wir gehen sogar so weit, eine gewisse Reservenansammlung zuzulassen, und fordern eine Herabsetzung der Gebühr von 2 Mark auf 1,20 Mark. Mehr aber um keinen Preis. Eine solche Verringerung der Umlagen um 40 Prozent bringt zweifellos eine wesentliche Belebung des Rundfunks, und das steigert ja auch wieder die Einnahmen. Also:

Herunter von 2 Mark!

Ab 1. Januar nur noch 1,20 Mark!

## Zurück zum Bezugschein!

Die neuen Fleisch- und Wurstbezugskarten, die jetzt an Arbeitslose ausgegeben werden und diese berechtigten, Fleisch und Wurstwaren zu herabgesetzten Preisen zu beziehen, vorausgesetzt, daß sie sich Fleisch und Wurst überhaupt noch leisten können, was für viele selbst zu dem Vorzugspreis eine große Frage ist.



# Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

## Borsigs Weihnachtsgruß

Die geprellten Werksparer — Auch die Borsigsche Pensionskasse stellt Zahlungen ein — Es ist Preisgabe des Geschäftsgeheimnisses und Kontrolle durch Vertrauensleute der Arbeiter zu fordern

### Die Aufgabe der Borsig-Belegschaft

Mit der am Montag erfolgten Stilllegung des Borsigwerkes in Tegel sind erneut rund 3000 Arbeiter mit ihren Familien mitten im Winter dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben worden. Die Verzweiflung ist um so größer, als tatsächlich mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß die fälligen Löhne nur zu einem kleinen Teil ausgezahlt werden können.

Es steht jetzt auch fest, daß das Vermögen der Werksparkasse unwiderbringlich verloren ist und die Sparer gerade in einer Stunde das Nachsehen haben, in der sie die Notgroschen dringendsten gebrauchen.

Ein anderer Skandal spinnt sich um die Pensionskasse.

deren Reserven denselben Weg ins Nichts gegangen sind, wie die Einlagen der Werksparkasse. Wenn es sich hierbei auch lediglich um eine freiwillige Einrichtung des Borsigwerkes handelte, zu der die Angestellten und Arbeiter keine Beiträge geleistet haben, so trifft doch die Belegschaft dieses Schicksal der Pensionskasse als ein harter Schlag. Nicht nur ist für viele die Hoffnung verfliegen, an ihrem Lebensabend in der Pensionskasse eine Stütze gegen die ärgste Not zu finden, sondern es werden auch

600 frühere Werksangehörige, die im Genuß von Pensionen stehen, direkt durch die Einstellung der Auszahlungen betroffen.

Der Belegschaft des Borsigwerkes hat sich unter diesen Umständen eine nur allzu berechtigte Erregung bemächtigt. Arbeiter und Angestellte fühlen sich belogen und betrogen und verlangen nach einer Klarstellung des Sachverhalts. Ein Eingreifen der Staats-

anwaltschaft erscheint dringend geboten, und sei es nur, um möglichen Verwischungen und Korrekturen zuvorzukommen. Darüber hinaus ist erforderlich, daß das bei dem Borsigwerk infolge seiner Gesellschaftsform als G. m. b. H. stets mit peinlichster Strenge gewährte

**Geschäftsgeheimnis gebrochen**  
wird und die Belegschaft sofort für sich das Recht in Anspruch nimmt, die gesamten Bücher und Unterlagen durch eigene Vertrauenspersonen nachprüfen zu lassen. Das Recht hierzu leitet sich ohne weiteres aus den mit in den Bankrott gezogenen Guthaben der Werksparkasse ab, an der rund 70 Prozent der Belegschaft beteiligt sind. Nur so besteht Aussicht, einmal die wahren Verantwortlichkeiten an dem Bankrott einwandfrei festzustellen und zum ändern die größtmögliche Gewähr dafür zu schaffen, daß nicht die Belegschaft zum Hauptleidtragenden des Zusammenbruchs wird. Auf diesem Wege allein wird auch festzustellen sein, wie eine Sanierung des Werks, an der die Belegschaft naturgemäß im höchsten Maße interessiert ist, durchgeführt werden kann, ohne Gefahr zu laufen, daß letzten Endes hierdurch nur die Firmeninhaber auf Kosten der Gesamtheit saniert werden, eine Gefahr, die sich hinter allen Subventionierungswünschen immer wieder erhebt.

Die von uns geforderte Kontrolle ist auch um so notwendiger, als gegen die Buchführungsmethoden des Borsig-Werkes ohnehin stärkste Bedenken geltend gemacht werden. Beispielsweise bescheinigt die „Frankfurter Zeitung“ dem Werk

„eine kaufmännische Rückständigkeit der Leitung“, und wirft ihr vor, sie habe zu sehr in der Tradition gelebt und auf die Erhaltung des

Bestehenden mehr Wert gelegt, als auf die für einen Kaufmann notwendige Anpassung an neue Entwicklungen“. „Tradition“ — das heißt in diesem Falle nichts anderes als Schamperlei. Die „Frankfurter Zeitung“ spricht denn auch in diesem Zusammenhang von einem „unheilvollen Familienstolz“, und sollte sich herausstellen, daß hier in der Tat die letzte und eigentliche Ursache des plötzlichen Niedergangs dieses Werks liegt, dann müßte die Empörung über das Schicksal der Werksparkasse sich vollends ins Maßlose steigern, da auch ihre Sparer ein Opfer dieses Familienstolzes geworden wären.

### Nach Borsig auch Hanomag?

Entlassung der gesamten Belegschaft  
Wie uns aus Hannover mitgeteilt wird, hat die Hanomag an die Regierung den Antrag auf zeitweise Stilllegung der Hanomag gestellt. Das Werk schließt vom 29. Dezember bis Mitte Januar. Angeblich handelt es sich nur um eine „vorübergehende Stilllegung“, aber vermutlich dürfte eintreten, was der „Hannoversche Kurier“ meldet, daß nämlich die Hanomag „denselben Weg wie verschiedene Großbetriebe“ gehen wird, wobei das hannoversche Blatt wohl nicht zu allerletzt auch an das Tegeler Borsig-Werk gedacht haben dürfte.

Die Hanomag hatte sich auf dem Automarkt seinerzeit einen hervorragenden Platz erworben, weil das Werk als erstes in Deutschland einen billigen populären Wagen herausgebracht hat. Wenn es jetzt auch die Segel streichen muß, so nicht zuletzt dank jener Politik, die in der Vernichtung der Kaufkraft das wichtigste Medikament gegen die Wirtschaftskrise erblickt.

### Senkung der Personalkosten

Beamte, deren Stelle infolge der im Ersten Teil vorgesehenen Maßnahmen wegfällt, werden in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die früheren Gesetze, wonach bei Volksschul-, Mittelschul- und Handelslehrern die Differenz zwischen den jetzigen und früheren höheren Bezügen auf die Pension angerechnet wird, fallen ab 1. Februar 1931 fort.

### Altersgrenze

Die bisherigen Gesetzesbestimmungen, wonach Staatsbeamte usw. mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres zunächst folgenden 1. April oder 1. Oktober in den Ruhestand treten, fallen für die Volksschullehrer fort. Das bisherige Gesetz findet auf Leiter(-innen) und Lehrer(-innen) an öffentlichen Schulen, auch soweit sie unmittelbare Staatsbeamte sind, mit der Maßgabe Anwendung, daß an Stelle des 65. das 62. Lebensjahr tritt.

### Praxis des „Preisabbaues“

Die Margarinefabrikanten haben die Preise für ihre Produkte minderer Qualität um durchschnittlich 5—6 Pfennige pro Pfund erhöht, obwohl die Rohstoffpreise in jüngster Zeit erheblich gesunken sind.

Eine Illustration zum Thema Preisabbaues, wie sie effektvoller selbst vom „Vorwärts“ nicht erdacht werden kann.

### Die revolutionäre Massenpartei

Zur KPO-Reichskonferenz  
Fritz Rück

„Wenn der Faschismus trotz unseres Wirkens kommt und die Partei (KPD) infolge des ultralinken Kurses zusammenbricht, dann werden wir die Partei, aber nur durch unsere eigene Kraft.“

Ein Diskussionsredner der Thalheimer-Richtung auf der Reichskonferenz der KPO.

Die Reichskonferenz der kommunistischen Opposition hat in organisatorischer Richtung keine Entscheidung erbracht, aber die Betonung, daß damit die Diskussion abgeschlossen sei, ist die Voraussetzung für die Spaltung erfüllt. Welchen Weg die zahlenmäßig unterlegene Minderheit einschlagen wird, muß das Ergebnis ihrer eigenen Selbstverständigung sein; wir hoffen, daß diese Entscheidung rasch und in der Richtung fällt, daß dadurch die in der SAP gegebenen Elemente des neuen Aufbaus einer revolutionären Massenpartei des deutschen Proletariats verstärkt werden.

Im Verlaufe der Diskussion und auf der Reichskonferenz selbst wurde teilweise gegen den Willen vor allem der Brandler-Thalheimer-Richtung die Frage der

Voraussetzungen der Bildung einer dritten proletarischen Partei

in Deutschland in den Mittelpunkt gerückt. In dem Ausdruck eines Delegierten, den wir an die Spitze dieses Artikels gestellt haben, kommt in vergrößerter Form, aber dadurch bedingter größerer Klarheit die Perspektive eines großen Teils der Organisation zum Ausdruck. Sie muß in ihrer Konsequenz die Mehrheit der Gruppe, die wir trotz ihrer falschen taktischen Einstellung und trotz der an unsere Adresse gerichteten Liebenswürdigkeiten als eine wertvolle Kraft im Neuformierungsprozeß des deutschen Proletariats betrachten, in eine Sackgasse führen und so einen großen Teil der in drei Jahren geleisteten Arbeit der Kritik wieder sunichte machen. Wir beneiden die kommunistische Opposition nicht um diese Situation, in die sie durch die Manövrierfähigkeit ihrer führenden Leute gebracht worden ist. Wir haben gleichzeitig die bestimmte Hoffnung, daß

die von Thalheimer in den zentristischen Abgrund geschleuderte SAP das zustande bringen wird, was der kommunistischen Opposition versagt war: die Schaffung einer breiten Massenpartei des deutschen Proletariats.

die auf der Basis der revolutionären Theorie eine revolutionäre Taktik entwickelt und die imstande ist, die revolutionäre Bewegung in Deutschland von der hemmenden Einwirkung der Stalinischen bürokratischen Entartung des bolschewistischen Organisationsprinzips zu befreien.

Damit sind wir am Kernpunkt der ganzen Auseinandersetzungen angelangt. Der große Dialektiker Thalheimer sieht in der deutschen kommunistischen Bewegung neben der Fortdauer und teilweisen Verschärfung des ultralinken Kurses auch Gegen Tendenzen wachsen, die eine taktische Umstellung auf die Notwendigkeiten einer revolutionären Massenbewegung vorbereiten. Wir sehen diese Gegen Tendenzen ebenfalls, sie erwachsen konsequent aus den veränderten Bedingungen der Massenbewegung und spiegeln die im ganzen deutschen Proletariat Ausdruck suchenden Bestrebungen für die Schaffung der Einheit der Klasse oder ihres fortgeschrittensten Teiles in der Aktion wider.

Wenn wir aber die Erfahrung der letzten acht Jahre genau untersuchen, kommen wir

## Kultur- und Sozialreaktion Preußens neueste Notverordnung

In der Forstverwaltung sollen eine Reihe von Stellen aufgehoben werden. — Desgleichen in der Handels- und Gewerbeverwaltung, der Bergwerksverwaltung werden bis 1. Oktober 1932 vier Bergreviere aufgelöst. In der Justizverwaltung sind

mindestens 60 Amtsgerichte aufzuheben, und zwar bis 30. September 1932. Für den Bereich des Innenministeriums ist die Zahl der Kreise zu vermindern.

Die Zahl der Regierungen ist zu vermindern.

Die Geschäfte der Versicherungsämter bei kreisangehörigen Gemeinden gehen ab 1. April 1932 auf die dortigen staatlichen Versicherungsämter über. In der landwirtschaftlichen Verwaltung werden die Landeskulturämter und das Oberlandeskulturamt spätestens ab 1. April 1933 aufgehoben. Die Kulturbauämter werden aufgehoben. Der Zuschuß für die Gestütsverwaltung wird für 1932 auf 3,6 Millionen gesenkt und darf am 1. April 1933 höchstens 2 Millionen betragen. Für den Bereich des Kultusministeriums werden im Hochschulwesen Kultur- und

Finanzminister durch Senkung der Sach- und Personalausgaben sowie durch organisatorische Maßnahmen alsbald weitere Einschränkungen vornehmen. In der Kunstverwaltung sollen Professuren aufgehoben werden, mit Abschluß des Wintersemesters 31/32 werden die Kunstakademien Königsberg, Kassel und Breslau aufgehoben, die Staatstheater in Kassel und Wiesbaden und das Schiller-Theater Berlin mit Ablauf der Winterspielzeit geschlossen.

Auf dem Gebiet der Volksbildung wird die Hochschule für Leibesübungen Spandau aufgehoben, von den pädagogischen Akademien (zur Zeit 16) werden ab 1. April 1932 neun geschlossen.

50 weitere Schulaufsichtskreise werden aufgehoben, noch nicht begonnene Bauten werden gestrichen.

Für die Fürsorgeerziehung werden nur noch 15 Mill. ausgesetzt. Im Siedlungswesen werden die Staatsleistungen auf eine Jahreshöchstleistung von 7,7 Mill. ausschließlich für die bis 1. April 1932 gegründeten Siedlerstellen beschränkt, dafür wird Domänenland von etwa 60 000 ha unentgeltlich zu Siedlungszwecken zur Verfügung gestellt.

zu dem Schluß, daß die Kommunisten nicht die Elemente eines neuen Aufschwungs im deutschen Proletariat unterstützen, sondern daß sie durch die bürokratische Erstarrung des Parteiapparates, durch die völlige Beseitigung der Parteidemokratie, durch ihre Unfähigkeit der Schaffung eines Aktionsprogramms, durch ihre hilflose Stützung und Durchführung des ultralinken Kurses die kommunistische Bewegung zur Unfruchtbarkeit verdammt. Anstatt zu führen, schreiben die deutschen Kommunisten täglich, daß sie Aktionen ausmachen, wenn man ihnen die Führung in die Hände legt; an Stelle einer ehrlichen Klärung aller Streitfragen haben sie das System der Schablonisierung, Etikettierung und Verfehlung gewählt, hinter dem sich nur der eigene ideologische und politische Bankrott verbirgt. Die Hauptschuld an dieser Entwicklung trägt die Komintern. Sie hat es weder verstanden, das Erbe Lenins zu verwalten und auszuwerten, noch hat sie sich fähig gezeigt, das wertvolle Pfund kameradschaftlichen Vertrauens der besten revolutionären Kadern zu verwalten. Sie steckt bereits in der Sackgasse drin; wie weit dabei Veränderungen in der ökonomischen Struktur der Sowjetunion und eine andere Einschätzung der internationalen Lage eine bestimmende Rolle spielen, soll in diesem Zusammenhang nicht untersucht werden.

Wenn Thalheimer die dialektische Weiterentwicklung auf dem einen Pol der Entwicklung sieht und daran Hoffnungen knüpft, die wir für illusionär halten, so ist ihm die dialektische Veränderung auf dem andern Pol, im Lager des Reformismus, völlig entgangen. Typisch dafür ist doch, daß Brandler in seiner Eröffnungssprache die Bildung der SAP als eines der Zeichen für den politischen und organisatorischen Niedergang der Arbeiterbewegung bezeichnet. Ueberhaupt spiegelt diese Eröffnungssprache die pessimistische Weltuntergangsstimmung mancher Krise der kommunistischen Opposition am klarsten wieder und wohl jeder, der hören und lesen gelernt hat, wird an dem eingangs zitierten Satz deutlich eine verkappte Ideologie des Fatalismus herausspüren, die zur Kapitulation — und sei es eine Kapitulation vor der Komintern — hinreicht.

Dazu gehört auch der Vergleich mit der Position der Partei Lenins nach 1907. Ein Vergleich, der auf allen Seiten hinkt, denn erstens hat die bolschewistische Partei zu jener Zeit fast überhaupt keine Möglichkeit, die Arbeit unter den Massen fortzuführen, sie war in die strengste Illegalität und größtenteils ins Ausland verbannt, ihr kleiner Wirkungsradius war ihr durch die objektive Notwendigkeit aufgezwungen und sie hütete sich sehr, aus der Not eine Tugend zu machen; während unsere deutschen Lenins ohne Not die Tugend der unberührten Empfängnis propagieren. Man soll auch in der eigenen Selbsteinschätzung etwas vorsichtiger sein; Brandler und Thalheimer haben schon manches Wertvolle geleistet — die Sicherheit der strategischen und taktischen Führung einer Massenbewegung und eine Partei, die Lenin auszeichnete, habe wir an ihnen nicht entdeckt.

Wir glauben, daß die Schaffung der SAP ein gewaltiger Schritt vorwärts in der Entwicklung der revolutionären Massenbewegung in Deutschland ist. Wir sehen, daß sie entgegen der ultralinken Erstarrung der KPD eine sehr lebendige Entwicklungsfähigkeit beweist und werden in der Richtung der Herausarbeitung einer revolutionären Taktik, die aus den Lehren der russischen Revolution schöpft und gleichzeitig die Notwendigkeiten einer revolutionären Massenbewegung in Deutschland studiert und auswertet, arbeiten. Die Genossen der kommunistischen Opposition können in dieser Richtung wertvolle Beihilfe leisten und wir hoffen, daß sich sehr bald eine engere Zusammenarbeit mit denen von ihnen ergibt, die dazu gewillt sind.

## Ersatzkassen protestieren

CNB. Berlin, 21. Dezember.

Die im Verband kaufmännischer Berufskrankenkassen zusammengeschlossenen Ersatzkrankenkassen, zu denen u. a. auch die Deutsche Angestellten-Krankenkasse gehört, erheben in einer Entschliebung, wie der gewerkschaftliche Pressedienst mitteilt, nachdrücklich Einspruch gegen die sachlich nicht gerechtfertigten Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht ihrer Mitglieder. In der Entschliebung heißt es u. a.: Bei der mit der Notverordnung erzwungenen schematischen Gleichsetzung der Leistungsgrenzen mit denen der gesetzlichen Krankenkassen, werden durch jahrzehntelange Opfer erworbene Rechte der Versicherten, die aus eigenem freien Entschluß den Ersatzkrankenkassen angehören, unnötigerweise beseitigt. Die Kassen fordern im Namen der 1,8 Millionen bei ihnen versicherten Staatsbürger eine Aenderung der Notverordnungsbestimmungen und deshalb zunächst eine Verschiebung des Inkrafttretens der Vorschriften.

## 15 Prozent Gehaltsabbau im Versicherungsgewerbe

In dem Tarifstreit des Versicherungsgewerbes ist heute um 2 Uhr vom Schlichter ein 15prozentiger Abbau beschlossen worden.

## Überschwemmungen auf Malakka

Singapur, 22. Dezember.

Eine der größten Eisenbahnbrücken an der Ostküste der Halbinsel Malakka ist durch Hochwasser zerstört worden, so daß die Verbindung zwischen Pahang und Kelantan unterbrochen ist. Fünf Eingeborene sind in den Fluten umgekommen. Der Schaden ist beträchtlich, besonders in den Bezirken Kuala und Kangsar.

## Vom Liebknechtmoed zur Seeheerschaft

# Pflugk-Harttungs Freundeskreis

OC. im deutschen Staat

Berlin, 22. Dezember.

Wir haben vor allen deutschen Zeitungen vor nun vierzehn Tagen die von der schwedischen Regierung verfügte Ausweisung des Kapitäns der Kaiserlichen Kriegsmarine, Horst von Pflugk-Harttung, als lästigen Ausländer gemeldet.

Aus einem den Vorgang näher erläuternden Polizeibericht aus Stockholm erfährt man nun, daß dem Kapitän, der bekanntlich an der Ermordung Karl Liebknechts mitgewirkt

hat, von der schwedischen Behörde zum Vorwurf gemacht wird, daß er als Organisator an der Bildung einer geheimen militärisch organisierten Kampftruppe mit faschistischen Zielen mitgewirkt habe, deren Führer der verabschiedete schwedische General Munck war. Pflugk-Harttung wird besonders vorgeworfen, daß er die Bewaffnung dieser „Kampftruppe gegen den Bolschewismus“ durch Waffenschmuggel aus Deutschland sichergestellt habe. Als seinen Mittelsmann und Geschäftspartner nennt der Stockholmer Polizeibericht den inzwischen verstorbenen Kapitän Götting.

\*

Man weiß, daß Pflugk-Harttung Angehöriger der Marine-Eskadron (später Stabschwache) der Garde - Kavallerie - Schützen-Division im Eden-Hotel, Berlin, war. Diese Marine-Eskadron erhielt nach Pflugk-Harttungs Verhaftung unter dem dringenden Verdacht der Teilnahme an der Ermordung Liebknechts, die Kriegsgerichts-

rat Jorns schließlich doch nicht mehr aufschließen konnte, den Kapitänleutnant Canaris zum Führer, der — ohne daß der Kriegsgerichtsrat Jorns das hinderte — in der Arrestanstalt mit den Angeklagten freundschaftlich verkehrte und so die beste Eignung zum richterlichen Beisitzer im Kameradengericht erwarb. Die Marine-Eskadron aber wurde der Stamm der Organisation „C“ (Consul), die unter der Führung des Kapitäns Ehrhardt ihre Mordanschläge vorbereitete und mit Erfolg auf Erzberger und Rathenau durchführte. Auch Canaris spielte in der OC eine bedeutsame Rolle.

Zur Organisation Consul gehörten nachweislich zwei der drei Brüder Tillessen, von denen Heinrich den Mord an Erzberger ausführte, während Karl unter dem Verdacht der Teilnahme des Mordes an Rathenau lange in Haft saß und wegen Geheimbündelei sogar vom Reichsgericht verurteilt werden mußte. Und ebenso war mindestens einer der drei Brüder Götting Mitglied der OC. — Dieser Gernot Götting — sein Bruder Friedrich war bis vor kurzem als Fregattenkapitän

Chef der Wehrmachtteilung im Reichsministerium

— wanderte im Inflationsjahr 1923 nach Dänemark aus, ließ sich in Sonderborg, dicht an der deutschen Grenze, nieder, erwarb die dänische Staatsangehörigkeit und finanzierte mit dem Erlös über die Grenze gepaschter Waffen und nautischer Geräte die Aktionen der Hochverräter um Kapitän Ehrhardt. Die

Waffen und das andere Kriegsgerät, das er so nutzbringend in Devisen umwechelte, lieferte Herrn Götting — Canaris, der inzwischen zum Korvettenkapitän aufgestiegen war und als Stabsoffizier beim Marine-stationskommando in Kiel stand.

Um diesen Götting handelt es sich in dem Stockholmer Polizeibericht.

Als er vor knapp zwei Jahren unter ebenso sonderbaren Umständen starb wie er gelebt hatte, weilte der Kapitän Ehrhardt an seinem Sterbebett.

Canaris aber ist heute Kapitän zur See, erfreut sich des vollen Vertrauens seiner Vorgesetzten, obwohl verschiedene Personen von ihm unter Eid behauptet haben, daß er den Mördern Geld zur Flucht gab. Eine von diesen Personen, der frühere Rechtsanwalt Brederick, ein streng völkisch gerichteter Mann übrigens, ist bald nach seinem Eide plötzlich gestorben.

Canaris ist Stabschef beim Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte der Nordsee. Kapitän Friedrich Götting (der überlebende Bruder des Mittelsmannes Pflugk-Harttungs) kommandiert ein Linienschiff der deutschen Flotte.

Und der direkte Vorgesetzte des Kapitäns Canaris, der Oberbefehlshaber der Nordseestreitkräfte der deutschen Republik ist — der Vizeadmiral Werner Tillessen, der Bruder des Erzberger-Mörders.

Und nun sage noch einer, daß die Organisation Consul nicht in Deutschland herrsche.

## Naziproleten verurteilt Naziführer unschuldig?

Berlin, 22. Dezember.

In der Urteilsbegründung des Prozesses gegen die Mörder aus der Hufelandstr. steht ein Satz, der geeignet ist, interessante Rückschlüsse auf die Mentalität unserer Klassenrichter zu ziehen. Es heißt dort, „daß die Verhandlung ergeben habe, daß die NSDAP in ihren maßgebenden Instanzen in keiner Weise die Angeklagten begünstigt oder unterstützt hat. Alle Versuche in der Beweisaufnahme, die Beschönigung der NSDAP dennoch nachzuweisen, sind völlig negativ verlaufen. Es bleibt also nur der Schluß übrig, daß die Angeklagten ihre Flucht aus eigener Initiative bewerkstelligten.“ Diese Sätze des Urteils stehen heute in großer Aufmachung in der Rechtspreste und werden als Beweis für die „Legalitätsgesinnung“ der Nazis in nächster Zukunft häufig zitiert werden. Es muß deshalb festgestellt werden, was die Hauptverhandlung und die Beweisaufnahme in dieser Hinsicht in Wahrheit ergab, und was sie noch hätte ergeben können, wenn der Anwalt des Reichsbanners nicht in so katastrophaler Weise versagt hätte, daß die Nazi-verteidigung nicht mit ihrer Freude über diese unerwartete Hilfsleistung zurückhielt. In der Hauptverhandlung wurde von den Angeklagten angegeben, daß sie nach der Tat auf der Gauschäftsstelle in der Hedemannstraße waren, wo sie sowohl mit dem SA-Führer Janson, als mit dem damaligen obersten SA-Führer Stennes sprachen. Stennes gab ihnen bei dieser Ge-

legenheit 50 Mk., und außerdem erhielten sie Parteibefehl, sich nach Mecklenburg zu begeben, wobei ihnen für diese Reise das Fahrgeld ausgehändigt wurde. Gleichzeitig wurde ihnen ein Brief übergeben, der sie bei allen SA-Führungen im Reich legitimierte und ihnen Unterstützung zusicherte.

In Mecklenburg wurden die beiden an den obersten SA-Führer Scheiber verwiesen, später kümmerte sich der spätere Angeklagte Porath, SA-Bezirksverordneter in Neubrandenburg um sie, der ihnen die Mittel zur Flucht nach Tirol zu dem dortigen obersten SA-Führer Hauptmann Maltitz beschaffte. Becker wurde dann nach Wien geschickt, wo er bei dem NSDAP-Organ, „Der Kampf“, Beschäftigung fand.

Wie bei diesem Tatbestand das Gericht zu einer derart kühnen Behauptung gelangen konnte, ist darum mindestens ebenso rätselhaft wie der Freispruch des Porath, dem die Begünstigung einwandfrei nachgewiesen wurde.

Leider kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Nebenklage des Reichsbanners nicht mit der gebotenen Entschiedenheit vertreten wurde. Es wäre dem Gericht andernfalls nicht so leicht geworden, die nationalsozialistischen Führer auch nach diesem Prozeß im Strahlenglanz der Legalität und damit der Regierungswürdigkeit erscheinen zu lassen, was ja die wahre Tendenz des Urteils ist.

## Ostpreußische Landwirtschaftskammer aufgelöst

TU. Königsberg, 22. Dezember.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die ostpreußische Landwirtschaftskammer von der preußischen Staatsregierung aufgelöst worden. Die Auflösung erfolgte wegen des Beschlusses der Landwirtschaftskammer vom 15. Dezember 1931, in der der Rücktritt des Reichspräsidenten und der Reichsregierung gefordert worden war. Die preußische Regierung sieht in diesem Beschluß eine Überschreitung der der Kammer zustehenden Befugnisse, die im Interesse der Erhaltung der Staatsautorität nicht hin-genommen werden könne. Der Landeskultur-amt-Präsident Pauly in Königsberg ist für die zwischenseitliche Verwaltung zum Staatskommissar für die Landwirtschaftskammer bestellt worden.

## Über eine Million Wohlfahrtserwerblose in Preußen

Die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerblosen ist im November weiterhin stark gestiegen. Nach der Erhebung des Preußischen Statistischen Landesamtes vom 30. November sind in Preußen 999 555 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerblose bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 26,2 Wohlfahrtserwerblose. Gegen den 30. November 1930 hat sich die Wohlfahrtserwerblosenzahl um 472 609 oder 89,7 v. H. erhöht.

## Reichsgelder für Ullstein

ZN Berlin, 22. Dezember.

Ein jetzt veröffentlichter Brief Severings, den der preußische Innenminister in einer früheren Krise der Zeitungsfirma Ullstein an einen ihrer Inhaber geschrieben hat und worin er ihm seine Unterstützung anbot, ist so verstanden worden, als habe es sich dabei um ein Geldangebot gehandelt oder gar, die Firma habe Geld vom preußischen Staat oder durch dessen Vermittlung bezogen.

Dem ist jedoch nicht so. Dagegen bezieht die Firma Ullstein in der gegenwärtigen Krise Reichsgelder. Den äußeren Anlaß dazu bot ein Inserat, in dem der Ullstein Propyläen-Verlag 250 000 Bücher weit unter Preis auf den Markt warf, wodurch die anderen Buchverleger das ganze Weihnachtsgeschäft bedroht glaubten. Im Interesse des Buchhandels also begannen Verhandlungen mit dem Reich, die die Zahlung einer erheblichen Summe an die Firma zum Ergebnis hatten.

Besonders tätig hierbei war der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Herr Schäffer, der nun als Generaldirektor für die Firma Ullstein gewonnen ist. Auch der frühere Reichsfinanzminister, Herr Reinhold, ist im Hause tätig als politischer Leiter der „Vossischen Zeitung“.

Nun ist es auch nicht mehr verwunderlich, daß der Chefredakteur der „BZ“ wegen seiner Angriffe auf die Nazis auf Wunsch des Wirtschaftsministeriums verschwinden mußte!

Das ist die Unabhängigkeit der deutschen Presse!

## Klassenjustiz in Bremen

Nazis freigesprochen — Schutzbündler und Reichsbannerleute hart verurteilt

Das Bremer Gericht hat in dem Landfriedensbruchprozeß das Urteil gefällt, das nach der ganzen Einstellung des Gerichts während der Verhandlung zu erwarten war.

Den elf angeklagten Nazis wurde das Recht der Notwehr zugesprochen. Sie wurden sämtlich freigesprochen.

Unsere Genossen vom Schutzbund erhielten je 4 Monate Gefängnis sudiiktirt, während nur sieben freigesprochen wurden. Unseren Genossen den Notwehrparagrafen zuzubilligen, hat das Gericht abgelehnt.

Die gleiche Ablehnung erfolgte gegenüber den Reichsbannerleuten, von denen nur drei freigesprochen, zwei zu je 6 Monaten, zwei zu je einem Jahr und einer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Wir werden auf dies Ergebnis der Klassenjustiz noch zurückkommen.

## Schuldnerfront gegen USA?

Gesinnungswandel in England.

London, 22. Dezember.

Die Haltung des amerikanischen Kongresses in der Schuldenfrage wird von verschiedenen Blättern zum Teil mit außerordentlicher Schärfe kritisiert.

Im News Chronicle heißt es, die internationale Regierung solle erklären, daß, wenn Deutschland und Frankreich sich in vernünftiger Weise in der Reparationsfrage einigen sollten, Großbritannien auf seinen Reparationsanteil verzichten und sich an der Bildung einer gemeinsamen Front gegen Amerika beteiligen werde. Wenn der amerikanische Kongreß sich um die Wirklichkeit nicht kümmere, dann müßten sich die europäischen Nationen untereinander einigen.

## Herr Lyons



Der „Macdonald“ Australiens. Ehemals Arbeiterpartei und Schatzkanzler: im australischen Arbeiterkabinett — jetzt Führer der nationalsozialistischen Partei und zum Chef der „nationalen“ Regierung gegen die Arbeiterschaft ausgerufen. Eine feine Karriere!

# So wirkt die Notverordnung!

## Bilder aus dem Arbeiterleben

### Senkung des Lebensstandards

Sowie man die arbeitsrechtlichen Vorschriften, wie sie im 6. Absatz der Brüningschen Notverordnung erlassen werden, auf ihre reale Wirkung prüft, dann ergibt sich mit unzweideutiger Klarheit für jeden, dem die Arbeiterklasse nicht ein Fetzen Papier ist, den er nach Belieben zerknittern und wegwerfen kann, das Unannehmliche dieser Notverordnung.

Im letzten Teil des 6. Abschnittes wird verfügt die 10-15prozentige Kürzung der Löhne und Gehälter. Nehmen wir als Prüfendes Beispiel einmal eine Lohngruppe, die heute noch einigermaßen annehmbare Löhne hat, die Holzarbeiter. Ein gelernter Tischler verdient in Zwickau gegenwärtig laut Tarifvertrag pro Stunde 1.12 Mark. Der abgeschlossene Tarifvertrag, der bis April nächsten Jahres läuft, wird durch die Notverordnung aufgehoben und infolge des notverordneten 10prozentigen Lohnabbaues bekommen nun die Zwickauer Holzarbeiter nur noch eine Mark Stundenlohn. Ihr Verdienstaufschlag beträgt pro Stunde 11 Pfennige, pro Tag 88 Pfennige, in der Woche etwa 5 Mark und im Monat über 20 Mark. Wird jedoch die Verfügung Brünings wahr gemacht, die Löhne auf den Stand vom 10. Januar 1927 zurückzuschrauben, dann beträgt ihr Stundenlohn 95 Pfennige, der Verdienstaufschlag pro Stunde 17 Pfennige, pro Tag 1.36 Mark, in der Woche 8.16 und im Monat über 30 Mark. Die Notverordnung bestimmt, daß alle Tarifparteien sich bis 19. Dezember zu einigen haben, andernfalls der Schlichter einen Spruch fällt, dem sich beide Parteien fügen müssen. Zweifelt jemand daran, daß diese Schlichter in Streitfällen zu Ungunsten der Arbeiter entscheiden?

Im ersten Teil des 6. Abschnittes wird drücklich festgestellt, daß die Senkung der Löhne und Gehälter auch für die Arbeiter und Angestellten der Kohlen- und Kalibergwerke Gültigkeit hat.

Der Lohn der Bergarbeiter baut sich auf dem sogenannten Grundlohn, zu dem dann der sogenannte Zuschlagslohn (Prozente) hinzukommt. Mit dem Steigen oder Fallen des Grundlohns steigen oder fallen natürlich auch die Prozente und damit das Gesamteinkommen des Bergarbeiters.

Zur Zeit beträgt der Grundlohn eines sächsischen Bergarbeiters über Tag pro Schicht 3.26 Mark. Nach dem notverordneten 10prozentigen Abbau allerdings nur noch 2.94 Mark.

Damit sinkt der Lohn der sächsischen Bergleute bedeutend unter den Stand vom 10. Januar 1927. Denn am 10. Januar betrug ihr Grundlohn 3.30, nach dem Lohnabbaudiktat der Notverordnung hingegen nur noch 2.94 Mark.

Stellen wir diesem unerhörten Lohnabbau den notverordneten Preisabbau gegenüber. Zunächst die Senkung der Mietpreise.

10 Prozent sollen bekanntlich die Mieten der Wohnungen gesenkt werden, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig waren.

Ein Beispiel dafür: Für eine solche Altwohnung ist jährlich eine Miete von 158.76 Mark zu zahlen, im Monat 13.23 Mark. Hinzukommt noch die Mietzinssteuer, die in diesem Falle jährlich über 100 Mark, im Monat 9.78 Mark beträgt. Bei Berechnung der Mietpreissenkung kommt jedoch nur der Mietpreis in Betracht. Die Steuer nicht. Somit senkt sich laut Notverordnung die Wohnungsmiete dieses im ersten Beispiel ange-

### Fatale Symbolik

Bei der Versteigerung des Mobiliars von Hohehorst, dem Herrenhaus von Lahusen, wurde auch eine geschnitzte Kanzel aus dem Treppenhaus angeboten, auf der in lebensgroßen Figuren die Austreibung Adams und Evas aus dem Paradiese dargestellt ist. Die Angebote entsprachen nicht dem Wert des Stückes. Störte nun die Reflektanten die große Ähnlichkeit des Falles Lahusen mit dem dargestellten Bildmotiv oder hegten sie geheime Befürchtungen, daß dieses Symbol auch auf sie zutreffen könnte?

### Zweierlei Maß

Der Abgeordnete Josef Joos, christlicher Gewerkschaftsführer, nannte auf dem 16. Verbandstag der katholischen Arbeiter- und Knappenevereine Westdeutschlands, der über 190 000 Mitglieder hat, Ende September in Mülheim die Gottlosigkeit eine „geistige Seuche einer gottabgewandten Lebensbetrachtung“. („Rhein-Westf. Zeitung“.) Die Gottlosen dürfen schrankenlos beschimpft werden, wer aber öffentlich das Christentum eine Seuche nennen würde, würde mit dem Staatsanwalt zu tun bekommen; außerdem würde die priesterliche Presse empört sein über solche „maßlose Rohheit“.

führten Holzarbeiters monatlich um 1.30 Mark, hingegen sein Lohn im günstigen Falle um 20 Mark, im ungünstigen Falle um 30 Mark gesenkt wird.

Sozialversicherung und Fürsorge werden in der vierten Notverordnung zwar nur mit wenigen, aber dafür um so wirksameren Verschleberungen betroffen. So sollen die Renten derjenigen Witwen in Wegfall kommen, deren Männer vor Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung (1. Januar 1912) bereits invalide oder tot waren. Also bekommen diese Witwen, die bisher 14 bis 20 Mark monatlich Witwenrente erhielten, nichts mehr und werden der Fürsorge überwiesen. Diese harte Maßnahme findet ihre Parallele in der Verfügung, daß alle kleinen Unfallrenten in Wegfall kommen. Von letzterer Verfügung werden gegen 400 000 Unfallrentner betroffen.

Wieviel arme Mütterchen mögen es sein, die nunmehr ihre karge Witwenrente entzogen bekommen und dafür angewiesen sind, auf die Gnade und Barmherzigkeit der Fürsorgeämter? Zu denen nunmehr wieder die Beamten kommen, die Dürftigkeit der Witwen und deren Angehörigen bis ins dritte Glied hinein nachschnüffeln und die dennoch keinerlei Unterstützung erhalten werden? Denn der Absatz 4 dieses Abschnittes der Notverordnung kündigt ja deutlich genug an, was wird:

„Bei Ausmaß der Unterstützung tritt an die Stelle des ziffernmäßigen Zwanges das Ermessen der Fürsorgeverbände und die Rücksicht auf die Eigenart des Falles“. Also, die Rentenquetschmaschinerie bekommt reichlich Arbeit. Und was schließlich beagt die kurze Vorschrift über die Krankenversicherung? Nichts anderes, als das dort, wo bisher

29 Wochen lang Krankengeld bezahlt wurde, nur noch 26 Wochen lang Krankengeld gewährt wird. Daß nicht mehr 60 oder 70 Prozent, sondern nur noch 50 Prozent des Grundlohnes an Krankengeld gewährt wird.

In Bezug der Umsatzsteuererhöhung ist an dieser Stelle schon deutlich genug aufgezeichnet worden, wie sehr diese Steuererhöhung die angekündigte Preisabbauaktion trotz Preis-Kommissar unmöglich macht.

Die Reichsregierung ist sich der Wirkungen ihrer Notverordnungs-Politik auf das Volk durchaus im klaren. Und um alle öffentlichen Debatten über diese vierte Notverordnung in Volksversammlungen zu verhindern, darum der Weihnachtsfrieden, dem, was durchaus wahrscheinlich scheint, der von Brünings schon angedeutete Belagerungsstand folgen kann und vielleicht auch wird.

## Der Schloßbrand in Stuttgart

### Schweres Einsturzungsglück — Zwei Tote



Erste Aufnahme des Brandes

### Ostflügel ausgebrannt

Stuttgart, 21. Dezember.

Nach elfstündiger schwerer Arbeit ist es den vereinigten Feuerwehren bis 10 Uhr abends gelungen, das Feuer im Alten Schloß auf seinen Herd zu beschränken. Die Brandmauern im Nord- und Südflügel haben das Feuer aufgehalten. Der Ostflügel ist ausgebrannt und bietet ein Bild völliger Verwüstung. Es stehen nur noch Ruinen, die an das Heidelberger Schloß erinnern. Die Feuerwehr ist weiter damit beschäftigt, die im Ostbau immer noch auf-lodernden Flammen niederzukämpfen. Ueber der Brandstelle liegt eine mächtige weiße Rauchwolke. Der Schaden ist unermesslich. In den Abendstunden wurden die zur Absperrung eingesetzten 600 Schupoleute durch Reichwehrtruppen abgelöst.

Die Zahl der rauchvergifteten und sonst verunglückten Feuerwehrleute beträgt 35. Auch der Leiter der Stuttgarter Berufsfeuerwehr, Branddirektor Müller, hat eine leichte Rauchvergiftung erlitten. An der Brandstelle befinden sich noch immer viele Tausende Neugierige.

### Ausdehnung des Brandes

TU. Stuttgart, 22. Dezember

Im Laufe des Vormittags griff das Feuer wider Erwarten auch auf das Dachgeschoß des Schloßflügels gegenüber der Markthalle über. Obwohl der neue Brandherd sofort erkannt und mit aller Energie bekämpft wurde, drangen die Flammen mit großer Schnelligkeit weiter vor. Um 11 Uhr waren schon einige Stockwerke im Innern des süd-östlichen Turms ausgebrannt, und kurz darauf stürzte das zwischen dem südöstlichen Turm und der Schloßkirche gelegene Stück des Dachstuhles in sich zusammen. Ein auf einer Leiter stehender Feuerwehrmann wurde mit in die Tiefe gerissen. Der Südostturm dürfte in kurzer Zeit den Flammen völlig zum Opfer gefallen sein.

### Einsturzkatastrophe

WTB. Stuttgart, 22. Dezember.

Auf der Südseite des Alten Schlosses stürzte heute vormittag unmittelbar neben dem Eckturm ein beträchtliches Stück des Gebäudes, gerade da, wo zahlreiche Feuerwehrleute noch im Kampf mit den lodernen Flammen standen, in sich zusammen. Drei Feuerwehrleute wurden mit in die Tiefe gerissen. Gebäuderümpfer fielen auf die mit Löscharbeiten und mit der Absperrung beschäftigten Mannschaften. Gleich darauf

stürzte auch auf der rechten Seite des Turmes ein großer Teil des Dachgeschosses ein. Auch hierbei wurde ein Feuerwehrmann aus der Höhe des zweiten Stocks in die Tiefe gerissen. Soweit sich bisher hat feststellen lassen, wurde ein Feuerwehrmann getötet, nach einem anderen, der sich noch unter den Trümmern befinden soll, wird gegraben. Sieben Feuerwehrleute wurden, schwer verletzt, ins Krankenhaus gebracht. Vier Schwerverletzte liegen noch an der Unglücksstelle.

### Zwei Tote

TU. Stuttgart, 22. Dezember.

Das Einsturzungsglück auf der Brandstätte hat bis jetzt zwei Tote gefordert. Einer der verunglückten Feuerwehrleute starb nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Ein anderer Feuerwehrmann wurde verschüttet. Seine Leiche konnte nur unter Zuhilfenahme von Schweißapparaten aus den Trümmern befreit werden. Besonders tragisch ist der Fall eines der schwerverletzten Feuerwehrmänner. Er sollte abgelöst werden, erbot sich aber freiwillig, auf seinem Posten zu verharren.

Gegen 12 1/2 Uhr wurden auch auf der Markthallenseite drei Schlauchleitungen eingesetzt, um die aus dem Trümmerhaufen herausschlagenden Flammen zu bekämpfen. Während der Brand an dieser Stelle gegen 13 Uhr schon merklich nachgelassen hatte, zeigt sich noch immer große Rauchentwicklung in der Nähe des Daches der Schloßkirche. Dieser Brandherd wird weiter energisch bekämpft. Es kommt jetzt vor allem darauf an, ein Uebergreifen der Flammen auf die Kirche zu verhindern. Dies dürfte möglich sein, da zwischen der Kirche und der Einsturzstelle die Brandmauer noch steht.

## Das alte Schloß

Zu Stuttgart auf dem Markte da stand ein altes Schloß, Die Mauern dick und trotzig, die Balken stark und groß.

Wir gingen oft vorüber zur Sonntags-Wanderfahrt, Und dachten der Geschichten vom Grafen Rauschebart.

Wir haben diese Märchen schon bald nicht mehr geglaubt. Hier hatten einst die Fürsten geschanden und geraubt.

Sie plünderten die Bauern und schlangen falsches Geld. Sie schändeten die Frauen ein jeder Zoll ein Held.

Zu Stuttgart auf dem Markte sprang auf ein neuer Klang, Als unsere rote Jugend die Marsellaise sang.

Das Alte Schloß daneben war wie ein großes Grab, Als unser Sturm dem König, dem letzten, Laufgeld gab.

Zu Stuttgart auf dem Markte stand das Proletenboer Wie eine starke Mauer und forderte noch mehr.

Wir forderten das Ende der ganzen Tyrannei. Man warf uns in's Gefängni. der Sturm war schon vorbei.

Jetzt fressen rote Flammen das moderige Gebälk. Jetzt stürzt das Schloß zusammen, die Bäume werden weik.

Auch unser Sturm kommt wieder, auch unsere Kraft stößt vor. Die Flammen der Empörung, sie schlagen bald empor.

Wo das Geschlecht der Grafen und Könige verwest: Zu Stuttgart auf dem Markte gibt's dann ein Freudenfest.

Dann schaffen wir ein Denkmal weitragend über das Land. Zu Stuttgart auf dem Markte, wo einst die Zwingburg stand.

Fritz Rück.

# Feuilleton der SAZ

## Weihnachten und Neujahr am Südpol

Von Richard E. Byrd.

Der berühmte „fliegende Admiral“ hat seinen ersten Buch „Himmelswege“ im Verlag F. A. Brockhaus in Kürze ein zweites folgen: „Flieger über dem Sechsten Erdteil“. Abenteuer und Forschungen der amerikanischen Südpolexpedition 1928/29. Wir entnehmen dem Buch die folgenden Zitate:

Mittwoch, 25. Dezember.

Weißer und warme Weihnachten. Das Quecksilber zeigt -0,8 Grad. Tennants Spielerei wollte kaum gefrieren. Wir feierten das Fest gebührend. Von einem mit Watte umwickelten und mit Zigarettenpapier bekränzten Weihnachtsbaum hingen Kaugummi, Zuckerzeug und sonstiger Kleinkram. Taffy Davies spielte den Weihnachtsmann. Aber so gut er das vergnügliche Gesicht hinter einem Wattebart versteckte, so wenig vermochte er seine köstliche Mundart zu verbergen. Zigarren und Zigaretten tauchten auf. Black übergab jedem von uns ein Pfund Nüscherei.

Donnerstag, 26. Dezember.

Die Forschergruppe feierte Weihnachten auf der Roßfahle nach ihrer Art. Man lagerte beim Bettyberg, den Amundsen auf dem Rückweg vom Pol bestiegen hat und den Gould untersuchen wollte. Er fand Amundsens Steinmann mit den vor 17 Jahren hinterlassenen Sachen, bestehend aus Zündhölzern, einer Büchse Petroleum und einem Zettel. Auf diesem stand zu lesen: „Erreichten und umkreisten den Südpol 14.—16. Dezember 1911. Habe Viktorialand bestätigt, so daß das König-Eduard-VII-Land bei 36 Grad s. B. wahrscheinlich keine Verbindung mit dem Viktorialand hat. Es zeigt sich auch eine riesige Gebirgsfortsetzung dieses Landes nach Süden. Konnten die gewaltige Bergkette bis 88 Grad s. B. verfolgen. Ihrem Aussehen nach dürfte sie sich in derselben Richtung über südliche Festland fortsetzen. Kamen auf dem Rückzug vom Südpol an diesem Versteck vorbei mit Vorräten für 60 Tage, 2 Schlitten und 11 Hunden. Alles wohl.

Roald Amundsen.“

Durch Funk erfuhren wir, daß ein kleines, dem Walfänger „Kosmos“ zugeteiltes Flugzeug vermisst wird. Taylor und seine Hunde befinden sich auf diesem Schiff. Der Flugzeugführer Laif Lier und sein Begleiter Dr. Ingvald Schreiner stiegen am Weihnachtstag zu kurzem Fluge auf, kehrten aber nicht zurück. Das Flugzeug war mit Schwimmern versehen und hatte Brennstoff für sechs Stunden an Bord. Am nächsten Tag — der „Kosmos“ genießt einen Tag Vorsprung, weil er sich noch westlich vom 180. Grad befindet — ging eine hohe See. Zugleich behinderte Nebel die ausgesandten Jagdboote.

Der „Kosmos“ lag noch nördlich vom Packeis. Kapitän Andresen wollte das Flugzeug zum Aufspüren von Walen benutzen. Wie traurig, daß wir nicht helfen können, denn der „Kosmos“ ist 1300 Kilometer von Kleinamerika entfernt. Auch wenn der Ford mit Schwimmern ausgerüstet wäre, könnten wir nichts unternehmen, weil seine Reichweite zu gering ist. Wahrscheinlich mußten die Verschollenen infolge eines Motorversagers

## Die Nacht der Nächte

Der Mond zieht durch ein Wolkenloch die Straßenkälte sich empor. Aus einem Häuschen rückt es penetrant nach Ammoniak und Chlor. Die Gaslaternen sitteln in der dünnen Luft. Im Lichtschauenfenster ein Modell, das nacht zu bleiben schwor in der Mondwinternacht.

Rechts und links der breiten Straße im gefrorenen Abwaschwasser hocken Bettler. Einer blind. Die dunkle Brille macht noch blässer das schon blutensaugte Furchenantlitz. Bei dem andern liegt ein nasser Beinersatz.

niedergehen, denn die Sicht war nach Kapitän Andresen gut. Der Führer galt als sehr zuverlässig. Owen und Petersen kennen ihn übrigens, so daß uns das Unglück auch persönlich nahegeht. Man muß die beiden wohl als verloren aufgeben. Denn auch nach gutem Aufwässern kann sich ein kleines Flugzeug nicht lange in der schweren See halten. Grausigeres als eine Notlandung in der Nähe des Packeises kann ich mir kaum vorstellen.

Sonnabend, 28. Dezember.

Keine Meldung über die vermissten Flieger. Hier soll einen Abstecher zu den Balleny-Inseln beabsichtigt haben. Kapitän Andresen funkte gestern, daß er in Liers Tagebuch eine Eintragung fand, wonach er bei gutem Wetter zu den Balleny-Inseln fliegen wollte. 16 Jagdboote waren auf der Suche. Außer zweien wurden alle zurückgerufen und in die Inselgewässer geschickt. Die Flieger hatten nur für zwei Tage Mundvorrat. Sicherlich sind sie schon tot. Dr. Barnes, der auf der „City“ fährt, ist gebeten worden, den Arzt auf dem „Kosmos“ zu ersetzen. Bei 400 Mann Besatzung ist ein Arzt natürlich unentbehrlich. Ich denke, Dr. Barnes wird einverstanden sein.

Das Packeis verharrt unnachgiebig. Ich fürchte, daß es diesmal eine härtere Nuß zu knacken gibt als voriges Jahr. Funker Petersen, der regelmäßig mit den Walfängern spricht, hört von allen Altmeistern der Walfahrt, daß sie noch kein so böses Elajahr erlebt haben. Zwei Transieder haben sich endlich durchgezogen, der „Nilsen Alonzo“ und der „Sir James Clark Rob“. Die „Southern Princess“ mußte bei 69 Grad s. B. umkehren. Der „Kosmos“ und der „C. A. Larsen“ warten noch am Nordrand des Packeises, weil sie lieber bessere Verhältnisse abwarten möchten. Ole Andersen, ein Harpunenschütze auf dem „Rob“, erklärte Petersen, daß er noch nie so hartes Eis angetroffen habe. Es sei schwer, grün und glässig. Wie soll die „City“ da durchkommen? Aber versuchen muß sie es.

Dienstag, 31. Dezember.

Die Forschergruppe wandert heimwärts. Gould meldete sich zuletzt 72 Kilometer nördlich von den Bergen. Man folgt der alten Spur.

Heute nacht geht das Jahr zu Ende. Ich

Jeder hat vor sich ein Miniaturharmonium. Und die bloßen Finger leuchten bläulich, während sie die Tasten rühren, und die Töne sich abscheulich mischend in die Kälte fliehen. Und ich weiß nicht: Grins ich, heul ich über ihre frommen Lieder?

Bruder Bettler, rechts von mir, Bruder, der du frierst zur linken — Eure zwei Musiken sind Gebete, die verzweifelt ihrem Gotte winken... Brüder, seid ihr Fieberträume, oder Bild der Zeiten, die zum Himmel stinken? Weihnachtsjubler?

Melchior Douglas.

glaube kaum, daß man innerhalb dieser Zeit noch mehr hätte leisten können.

Wir haben gerader heißes Wetter. Das Eis der Walfischbucht beginnt sich aufzulösen. Aber das Auskürmen kann sich lange hinziehen. Der Nordrand liegt noch 7 Kilometer von Kleinamerika ab. Das Zwischenstück besteht zum großen Teil aus dickem Alteis. Wir beobachten das Erweichen ebenso gespannt wie im letzten Januar. Wenn sich nichts mehr abtöst, werden wir uns auf einer langen Schleppweg zum Schiff gefaßt machen müssen, denn von der Barre als Landekai habe ich genug. So Gott will, geht es in vier Wochen heimwärts.

Mittwoch, 1. Januar.

Kein Neujahr günstiger Vorbereitung. Vor einem Jahr lag die „City“ an der Barre; jetzt liegt sie noch in Dunedin. Sogar der „Larsen“, Herr zahlloser Pferdetränken, fängt eben erst an, die Nase in den Eispanzer zu bohren. Vielleicht kommt mein Schiff überhaupt nie durch. Notfalls könnte man einen Walfänger überreden, uns abzuholen. Aber das bleibe nur als letzter Ausweg. Womöglich möchten wir bis zum Schluß aus eigener Kraft durchhalten.

Ein zweiter Winter würde bei den geschrumpften Vorräten sehr entbehrungsreich werden. Dazu kommt, daß zwei von unseren Leuten die nochmalige Überwinterung kaum überleben würden...

## Das Leben in Parageaphen

Tag der Geburt: Die Rechtsfähigkeit, d. h. die Fähigkeit, Rechte zu erwerben und Verbindlichkeiten zu übernehmen, hat mit der Vollendung der Geburt begonnen.

Der 7 jährige Mensch: Die Geschäftsunfähigkeit, die bis zur Vollendung des 7. Jahres bestand, hört auf. Es tritt nunmehr die beschränkte Geschäftsfähigkeit ein. Solche Personen können Willenserklärungen, durch die sie lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangen, selbständig abgeben und entgegennehmen, übernehmen sie dagegen selbst eine Verpflichtung oder geben sie ein Recht auf, bedürfen sie der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

Der 12 jährige: Das Kind, das das 12. Lebensjahr vollendet hat, kann nicht gegen seinen Willen in einem anderen Religionsbekenntnis als bisher erzogen werden.

Der 14 jährige: Nach Vollendung des 14. Lebensjahres steht dem Kinde die Entscheidung darüber zu, zu welchem religiösen Bekenntnis es sich halten will. Es kann jetzt auch aus der Landeskirche austreten. Die Strafmündigkeit hat begonnen. Handlungen, die mit Strafe bedroht sind, sind vor dem 14. Lebensjahr nicht strafbar.

Der 16 jährige: Der Minderjährige kann nunmehr ein Testament errichten. Die Eidesfähigkeit hat begonnen. Die minderjährige Frau — nicht auch der Mann, der erst nach Vollendung des 21. Lebensjahres heiraten darf — darf nunmehr eine Ehe eingehen; ihr kann unter Umständen auch gestattet werden, vor Vollendung des 16. Lebensjahres zu heiraten.

Der 18 jährige: Der das 18. Lebensjahr vollendende Minderjährige kann durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts für volljährig erklärt werden. Das Jugendgerichtsgesetz, das Straftaten mit mildereren Strafen bedroht, findet keine Anwendung mehr. Jugendlicher im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes ist, wer über 14 aber noch nicht 18 Jahre alt ist. Eine Fürsorgeerziehung kann nicht mehr angeordnet werden.

Der 20 jährige: Die Fähigkeit, für den Reichstag zu wählen, hat begonnen.

Der 21 jährige: Die Volljährigkeit tritt ein.

Der 25 jährige kann Reichstagsabgeordneter werden, wenn er am Wahltag 25 Jahre alt ist.

Der 35 jährige kann, „wenn sonst keine Hinderungsgründe vorliegen“, die höchst Würde, die das Volk zu vergeben hat, erringen, er kann Reichspräsident werden.

Der 50 jährige kann ein Kind an Kindesstatt annehmen, wenn er mindestens 18 Jahre älter ist als das Kind.

Der 60 jährige kann die Uebernahme einer Vormundschaft ablehnen.

Der 65 jährige: Die Berufung zu dem Amt eines Schöffen oder Geschworenen, zu dem nur berufen werden kann, wer zur Zeit der Urlisteaufstellung das 30. Lebensjahr vollendet hat, darf ablehnen, wer das 65. Lebensjahr vollendet hat oder zum Ablauf des Geschäftsjahres vollenden würde.

## Kleines Feuilleton

Höhepunkt der Shakespeare-Irrungen

Die seltsamsten Vermutungen über die Person William Shakespeares sind schon geäußert worden. Die sensationellste und ungläublichste zugleich aber dürfte von der englischen Schauspielerin Mary Noy stammen. Die Engländerin behauptete dieser Tage in einem Londoner Vortrage, Shakespeare zeige in seinen Werken eine derart intime Kenntnis des Hoflebens, daß nur Königin Elisabeth selbst als Verfasser der ihm zugeschriebenen Werke gelten könne. — Die nächste Vermutung bitte! K. K.

Dvorak-Uraufführung nach drei Jahrzehnten

Im Teplitzer Stadttheater ging die bereits vor längerer Zeit angekündigte Anton Dvorak-Oper „Der Jakobiner“ drei Jahrzehnte nach ihrer Entstehung mit großem Erfolge über die Bretter. Die Oper wird sich ohne Zweifel bald auf den Bühnen eingebürgert haben.

## Maria Leitner



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

4. Fortsetzung.

Ja, der „schöne Alex“ hält nicht viel von feinen Gegenden. Auch wenn er von seinen Raubplänen absieht, möchte er sich nicht in den „tobenden Vierzigern“ ansiedeln, in den Straßen zwischen 40 und 50 an beiden Seiten des „Weißen Weges“, wie man den Broadway dort, wo er Vergnügungsbietet, nennt. Die dort florierenden Nachtclubs, illegale Alkoholduden, geheimen Absteigequartiere und Tanzlokale sind nicht das Ziel seiner Sehnsucht; dafür braucht man klötzige Gelder und im übrigen ist alles einigen wenigen Händen; der Außenseiter wird schnell zermalmt. Aber in der 81. Straße New-York-Ost, da könnte es auch noch der kleine Mann zu etwas bringen. Er sieht die Straße dunkel und schmal im East River verenden. Die Gäste ihrer Kneipen sind armselige Burschen, Leute, denen es schlecht geht, die Heimweh haben, die schon halb verkommen sind, Leute mit geheimem Kummer, Einwanderer, die sich noch nicht richtig verständigen können. Mit einem Wort, lauter Menschen, denen es ganz dreckig geht. Aber gerade an solchen Menschen ist etwas zu verdienen, stellt Alex fest. Die anderen, die fest im Sattel sitzen, die sind so scheußlich wach, sogar dann, wenn sie viel getrunken haben. Sie sind immer nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht. Ja, so unglücklich es auch scheint, gut verdienen kann man nur an Leuten, die in der Patsche sitzen. Vor Alex' Augen tauchen die Betrunknen auf, die das Pflaster der 81. Straße besäen und

zwischen denen die Polizisten friedlich dahervandeln.

Herr Fish aber hat sich während dieser Ueberlegungen des „schönen Alex“ in Begeisterung geredet.

„Immerhin, was Sie hier alles sehen können...! Haben Sie schon darüber nachgedacht, was für eine ungeheure Stadt dieses New York ist? Sie können sich große Reisen ersparen, wenn Sie sie nur genau studieren. Ungarn und China, Schweden und Japan, bitte, hier sitzt alles zusammen. Die Ausgestoßenen aus allen Teilen der Welt haben sich in dieser Stadt ein Rendezvous gegeben. Sie können hier im Hotel Amerika glänzende Studien machen. Wie?“

„Nun, man tut seine Arbeit, da hat man keine Zeit zu Studien, mein Herr, und dann hat man auch seine eigenen Sorgen und kümmert sich nicht soviel um die der anderen.“

Aber der „schöne Alex“ beginnt doch aufzumerken. Ob er hier Studien macht? Das klingt gut. Aber es scheint, daß dieser merkwürdige Gast etwas Bestimmtes von ihm will. Man wird ja sehen.

„Sie haben hier im Hotel allein ein Dutzend Restaurants, nicht wahr?“

Der „schöne Alex“ winkte zum Zeichen der Bejahung mit seiner Serviette.

„Sie bedienen wohl auch abends gelegentlich im großen Ballsaal?“

Der „schöne Alex“ beginnt aufzuhorchen. Jetzt kommts doch, man wird ja hören, was der gesprächige Mann will.

„Na ja, es kommt schon vor.“

„Heute abend?“

„Mag schon sein, müßte mal nachsehen.“

Der „schöne Alex“ langt nach seinem Notizbuch und überlegt. Man muß schlaue sein. Dem jungen Mann da, der gar soviel spricht, geht es wahrscheinlich nicht so gut, wie er den Anschein geben möchte. Menschen, denen es gut geht, reden nicht soviel mit einem Kellner, man hat schon so seine Erfahrungen. Aber mit Menschen, denen es schlecht geht, kann man wiederum gute Geschäfte machen.

Er blättert in seinem Notizbuch.

„Ja, heute abend ist große Hochzeit.“

„Die Hochzeit Marjorie Strongs mit Edgar Sedwick?“

„Mich interessieren die Namen nicht, aber es wird schon stimmen.“

„So etwas aus der Nähe zu sehen, das würde mich interessieren — ich meine als dienstbarer Geist, nicht als Gast.“

Der „schöne Alex“ ist jetzt ganz Ohr.

„Hm, hm, so was läßt sich aber nur schwer durchführen... Und warum gehen Sie nicht als Gast, mein Herr? Lassen Sie sich doch eine Einladung geben. Ich muß schon sagen, ich möchte mir so ein Fest lieber als Gast ansehen, das würde mir mehr Spaß machen.“

„Nun, erstens, sehen Sie, ist das nicht so einfach, und dann, wie ich Ihnen schon gesagt habe, möchte ich einmal ein solches gesellschaftliches Ereignis aus einer anderen Perspektive, von der anderen Seite ansehen.“

„Was Sie sich wohl denken, Herr? Dabei gibt es doch gar nichts zu sehen. Wenn man arbeitet, hat man keine Zeit zum Sehen und auch kein Interesse dafür. Haben Sie eine Ahnung, mein Herr, wie es bei uns zugeht, wie man rennen, wie man aufpassen muß!“

„Na, sehen Sie, deshalb will ich doch eine Ahnung von der ganzen Sache bekommen.“

„Aber warum wenden Sie sich gerade an mich? Wie sollte ich Ihnen denn helfen?“

„Man hat mich zu ihnen gewiesen, Sie sind als fixer Kerl bekannt, mein Lieber; man

hat mir erzählt, daß Sie nicht abgeneigt sind, kleine Nebeneinnahmen zu erzielen, ohne Risiko, versteht sich.“

„Ich möchte wohl wissen, wer Ihnen das von mir erzählt hat; da hat man Sie schön angeführt, Herr.“

„Also, ich könnte auf Sie nicht rechnen, meinen Sie? Ich habe natürlich auch Adressen von anderen Kellnern.“

„Habe ich Ihnen vielleicht nein gesagt? Kann man überhaupt ja oder nein sagen, wenn man nicht weiß, um was es sich handelt?“

„Sie sind zu klug, als daß Sie nicht erraten hätten, was ich will. Leihen Sie mir Ihre Arbeitskarte und Nummer für heute abend, das ist alles, verstehen Sie jetzt?“

Verstehen kann ich nicht, wie jemand so so etwas Lust haben kann. Eine Hochzeit ist kein Spaß, für niemanden, mein Herr, aber für die Kellner schon ganz gewiß nicht. Sie wollen also Kellner spielen, darauf läuft wohl Ihr Vorschlag hinaus?“

„Passen Sie auf, Sie können heute einen freien Abend haben und mich zur Aushilfe schicken, — und der Verdienst gehört doch Ihnen.“

„Daß ich nicht lach', mein Herr, meine Stellung soll ich aufs Spiel setzen und nicht mehr haben, als das, was Sie verdienen können? Glauben Sie denn, es ist so leicht, Kellner zu werden, daß es nicht auch eine Kunst ist, die gelernt werden muß?“

„Beruhigen Sie sich, ich werde schon meine Sache gut machen, ich war schon Kellner, ich war schon alles. Sie würden schwer einen Beruf ausfindig machen, den ich nicht schon ausgeübt hätte.“

„So, Sie waren früher Kellner? Vorhin erzählten Sie etwas von einer Perspektive, die Sie studieren möchten. Wenn Sie schon Kellner waren, warum wollen Sie jetzt wieder einer sein? Wenn man den Dreh kennt und nicht unbedingt Geld zum Leben braucht, hat man keine Sehnsucht, noch einmal anzufangen.“ (Fortsetzung folgt)

## Wie wirst du ein tugendhafter Berichterstatter?

Schreib' konzentriert, Unwichtiges vermeide. Laß starke Worte sein und Bandwurmsätze.

Schreib' immer so, wie wenn du sprichst. Fremdwörter, die man selten braucht, sind sehr gefährlich; drum laß sie ruhig weg. Laß dafür einen breiten Rand. Und schreib' mit Tinte; Denn Bleistift glänzt und ruiniert die Augen.

Beschreib' nur eine Seite, und schreib' so deutlich wie du irgend kannst.

Kürz' niemals Worte ab, und unterstreiche nichts.

Und immer noch einmal: schreib' konzentriert!

H. D.

## Düsseldorf

„Emil und die Detektive“ im Residenztheater. Wir haben kürzlich die Aufführung „Kampf um Kitzsch“ im Schauspielhaus miterlebt, und da eine neue, moderne Jugend kennengelernt, die aktiv eingreift in die Gestaltung ihrer eigenen Geschichte, die selbst mit Hand anlegt und nicht alles den superklugen Erwachsenen überläßt. Mit ebenderselben Frische und Unbekümmertheit um die Institutionen und Zuständigkeiten der „Alten“ setzt sich in dem Film „Emil und die Detektive“ (nach Erich Kästners bekanntem Kinderroman) die Jugend in Aktion. Ohne langwierige Verhandlungen verbrüdern sich die Berliner Rangen mit dem pfiffigen Provinzler Emil, der seinen Dieb verfolgt, der ihn in der Eisenbahn bestahl. Rasch ist eine Organisation geschaffen, die wirklich funktioniert. Den kleinen Akteuren gelingt es auch schließlich, den Dieb zu fassen und zu überführen. Der Film bringt spannende und packende Einzelbilder. Leider wird im Schluß nicht die Konsequenz gezogen, die sich aus der Haltung der Jugend ergibt: Hineinstellung in einen Verantwortungsbereich. Statt dessen: Die unter den heutigen Erwachsenen übliche Jubelfeier. Trotz dieser Schwäche ist dieser Film aber eine erfreuliche Erscheinung, die man sich ansehen muß.

## Ahlen

Reaktionäre Sparmaßnahmen. Der Magistrat der Stadt Ahlen befaßte sich in seiner letzten Sitzung auf Grund der preußischen Notverordnung mit einem Abbau von Lehrpersonal an den Volksschulen. Zwar wurde noch kein Beschluß gefaßt, aber vor dem 1. Januar 1932 soll ein solcher noch zustande kommen. Es ist bezeichnend für den Ahlener Magistrat und seine Dunkelkammer-Politik, daß man sich noch Mühe nimmt, von einem Lehrabbau an den Volksschulen zu reden, wo hier schon eine Durchschnittsklassenfrequenz von rund 60 Kindern auf eine Lehrkraft entfällt. An der weltlichen Schule ist am 1. Oktober bereits eine Lehrkraft eingespart worden. Man kann dem Ahlener Magistrat, der vom Geiste Brüning-Severing-Hitler ist und auch auf dem Gebiete der Kulturreaktion „Muster-gütiges“ zu leisten hat, nicht zumuten, daß er Einsparungen an Besalchule und Lyzeum in diesem Maße vornimmt, da es sonst leicht möglich wäre, daß die Kinder dieser Herren das Bildungsprivileg nicht voll und ganz ausnutzen könnten. Jedoch zeigt sich auch hier mit aller Deutlichkeit das Gesicht des Klassenstaates. Für die Lehrkräfte an Volksschulen kann nach dem SPD-Minister Grimme eine Klassenfrequenz von 70 bis 100 Kindern durchgeführt werden, wogegen für höhere Lehranstalten 20 bis 30 Schüler angemessen sind. Der Zuwachs an Lernanfängern zu Ostern wird 397 Kinder betragen, womit die Gesamtschülerzahl an den Ahlener Volksschulen auf 4231 steigt. Es sind jetzt schon Klassen ohne festen Klassenlehrer vorhanden; wie wird es erst dann sein, wenn noch Lehrkräfte abgebaut werden? Hier zeigt sich ganz kraß der Niedergang der kapitalistischen Gesellschaft. Sammelt die aktiven revolutionären Kräfte, damit wir nicht mit dieser Gesellschaft, die überwunden werden muß, zugrunde gehen!

Hier kann noch gespart werden! Nach einer Mitteilung des Regierungspräsidenten in Münster sind die Gehälter der Bürgermeister der Städte Ahlen und Beckum wie folgt festgesetzt worden: Der erste Bürgermeister von Ahlen wird besolot nach 1 b (11 500 Mark), erhält eine Dienstaufwandsentschädigung von 1200 Mark und — solange die Stelle des besoldeten Beigeordneten (zweiten Bürgermeisters) nicht besetzt ist — eine nicht ruhegehaltsfähige Zulage von 800 Mark. Für die Dienstwohnung (Villa mit Park) werden 120 Prozent bis zum Höchstbetrag des Wohnungsgeldzuschusses (?) angerechnet. Der Bürgermeister von Beckum erhält die Bezüge der Gruppe 2 b (8400 Mark) mit 600 Mark pensionsfähiger Zulage sowie einer Dienstaufwandsentschädigung von 800 Mark. — Zulässig sind Nebenbezüge aus der Tätigkeit als Kommissar der Provinzial-Feuer-sozietät (!) — Ein Wohlfahrtsverwalter mit Frau erhält im Jahr 585 Mark, wovon rund 240 Mark Mieta abgehen, so daß diese zwei Menschen mit rund 350 Mark im Jahre ihr Leben fristen müssen. Der erste

## Mainzer Stadtrat und Arbeitslose

Achtzehn Punkte wies die Tagesordnung der letzten Mainzer Stadtratssitzung auf, von denen die ersten siebzehn gegenüber dem letzten Punkt („Anträge“) für die Arbeiterschaft nur von zweitrangiger Bedeutung waren. Lediglich die Frage der

Eingemeindung von Hechtsheim brachte eine stärkere Beteiligung auch der Arbeitervertreter. Hier war die Stellung des KPD-Redners Sumpf nicht sehr konsequent. Er erklärte, seine Partei sei zwar prinzipiell für Eingemeindungen, aber dieser spezielle Fall fände nicht seine Zustimmung, weil er den Hechtsheimer Proletariern keine Vorteile bringe. Außerdem bedeuteten die städtischen Vorschriften hygienisch-polizeilicher, baupolizeilicher u. ä. Art eine Behinderung für die Bauern, und auch die ländlichen Arbeiter würden in ihrer in solchen Orten stark gepflegten Kleintierzucht behindert. Genosse Ohlhof (SAP) wies den Genossen Sumpf darauf hin, wenn die KPD prinzipielle Befürworterin der Eingemeindung sei, könnte sie in diesem Fall nicht schlankweg ablehnen, sondern müßte mit positiven Vorschlägen kommen. Wenn auf dem Mainzer Proletariat Mißstände lasteten, so könne das Hechtsheimer Proletariat zusammen mit dem Mainzer diese bekämpfen, wie es jetzt die Mainzer Arbeiterschaft allein tue. Im übrigen seien gerade die Arbeitervororte stark belastet, und für die Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger würde die Eingemeindung durch die relativ größeren Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung und Unterstützung nur ein Vorteil sein. Diese Gründe leuchteten auch den Kommunisten ein, so daß sie, als es zur Abstimmung kam, diese in zwei Abteilungen vorgenommen wissen wollten, einmal eine prinzipielle Abstimmung, ob Eingemeindung von Hechtsheim oder nicht, zum anderen eine besondere über den zwischen den beiden Gemeinden schwebenden Vertrag. Schon der erste Teil des Antrags wurde in namentlicher Abstimmung mit Stimmgleichheit abgelehnt. Für den Antrag stimmten KPD, SAP, SPD, Staatspartei und Verwaltung, gegen den Antrag Zentrum, Notgemeinschaft, bürgerliche Rechte.

Die Beratung der Anträge begann erst gegen 20 Uhr, nach einer Pause. Hier brachten Punkt 3 und 4 ähnlich lautende Anträge des fraktionslosen (den Nazis zuzurechnenden) Dr. Schwank und der Kommunisten auf

### Auflösung des Stadtrats,

weil die letzten Wahlen gezeigt haben, daß seine Zusammensetzung nicht mehr der Auffassung der Bevölkerung entspreche. Dieser Antrag fand verschiedene Gegnerschaft der SPD — die bei einer Neuwahl ja nur zu verlieren hat! — und der Verwaltung. Zentrum und Christlicher Volksdienst enthielten sich, während die Vertreter der SAP sich für die Auflösung einsetzten. Ihr Redner Ohlhof erklärte, die SPD habe sie zur Rückgabe ihrer Mandate aufgefordert. Sie fühlten sich aber nicht der SPD gegenüber für ihre Mandate verantwortlich, sondern der Mainzer Arbeiterschaft. Diese sollte die Möglichkeit haben, zu entscheiden, ob sie ihnen ihr Vertrauen weiter schenken wolle. Gespalten verhielten sich Notgemeinschaft und bürgerliche Rechte, doch waren sie in der Mehrheit gegen die Auflösung. Der Antrag wurde abgelehnt mit 27 gegen 12 Stimmen, bei 18 Enthaltungen.

Damit kam man endlich an die Beratung des für die Arbeiterschaft wichtigsten

Bürgermeister von Ahlen erhält 13 500 Mark, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß er als Aufsichtsratsmitglied (vom verkrachten VEW) noch eine Reihe Nebeneinkünfte (Tantieme usw.) hat. Man spricht immer von einer sparsamen Verwaltung mit relativ geringen Gehältern. Wenn man bedenkt, daß die Stadt Ahlen allein 740 000 Mark Gehälter an 128 Beamte zahlt, wovon 88 allein etwa 800 000 Mark und die restlichen 100 Beamten 440 000 Mark erhalten, so kann von Sparsamkeit keine Rede sein. Hier ist es am Platze, den Hebel anzusetzen, aber nicht bei den Wohlfahrtsempfängern, den Volksschulen oder bei den für Kullöhne arbeitenden Betriebsproletariern!

## Schwelm

Aus dem Ortsausschuß des ADGB. Die Kartellsitzung im Gewerkschaftshaus stand im Zeichen der Notverordnung. Der Bericht von der Bezirksstagung des ADGB in Düsseldorf wurde einer lebhaften Kritik unterzogen. Es ist nicht notwendig, daß man zu solch einer Konferenz das teuerste Lokal aufsucht, wo eine Tasse Kaffee mehr als 80 Pfennig kostet. Ferner wurde bemängelt, daß alles so am „Schnürchen“ ging, daß vor lauter Regie sich keine gesunde Diskussion entwickeln konnte. Es wäre für die Gewerkschaften besser, wenn auf den Tagungen statt der vielen Angestellten und Sekretäre die Mitglieder wären. Die vom Gauvorstand vertretene Politik, die in einer Resolution niedergelegt wurde, bildete den Übergang zur Diskussion über die letzten Notverordnungen. Vom Vorstand war gegen die Notverordnungen eine Resolution an den ADGB und an die Regierung eingebracht worden. Es entstand darüber eine lebhafte Debatte. Daß Genossen der SAP in grundsätzlicher Weise zu den Resolutionen Stellung nahmen, wurde ihnen von einigen Kollegen überlebt. Der Vorsitzende des Ortsausschusses, Genosse Grünwald, stellte fest, daß die SAP gegen alle Bestrebungen vorgehen würde, die sich gegen den Bestand der Gewerkschaften richten. Sie könne es aber auch nicht dulden,

Punktes, der Winterbeihilfeanträge für die Erwerbslosen.

Hier beantragten die Kommunisten eine einmalige Beihilfe von 20 M. für den allein-stehenden Haushaltsvorstand, für das Ehepaar 40 M., für jedes weitere Familienmitglied 10 M. Im Verlauf der Debatte ergab sich, daß bei dem Zentrumsantrag, der wohlweislich keine Zahlen nannte, sondern die Festsetzung dem Finanz- und Wohlfahrtsausschuß überlassen wollte, etwa nur der zehnte Teil davon in Frage kommen würde. Der Oberbürgermeister erklärte zu Beginn der Beratung, er werde, wenn irgendwelche Beihilfe-Anträge angenommen würden, von den durch die Notverordnung gewährten Rechten Gebrauch machen und sie nicht ausführen. Die Erwerbslosen verwies er an die private, konfessionelle Caritas. Demgegenüber stellte Genosse Ohlhof fest, daß das alle Jahre das gleiche Spiel sei. Immer wenn es für die Aermsten Geld herauszurücken gilt, ist die Not der Stadt am größten. Wir aber sagen: in diesem Fall hat einfach Geld da zu sein. Die Notverordnungen werden auch erlassen, ohne zu fragen, wo das Geld herkomme, das sie vorsehen. Den Hausbesitzern wirft man noch eben Zinslätze u. ä. in den Rachen, die Banken sanziert man, ohne lange zu fragen; da ist einfach Geld da. Eine merkwürdige Haltung nahm die Sozialdemokratie ein. Sie stimmte zwar für den Antrag der Kommunisten, aber mit dem Herzen war sie nicht dabei, sondern bei den Argumenten der Verwaltung. Das zeigte sich nicht nur daran, daß sie die Führung in dem Kampf um diese Anträge ganz den anderen Parteien überließ und sich außer einer laxen offiziellen Erklärung gar nicht an der Auseinandersetzung beteiligte, das bewiesen nicht nur verschiedene Zwischenrufe, sondern vor allem die Tatsache, daß vier ihrer vorher anwesenden Vertreter — zwei fehlten krankheitshalber überhaupt — es nicht für nötig erachteten, auch dieser für die Arbeiterschaft wichtigsten Abstimmung beizuwohnen. Der kommunistische Antrag wurde mit 22 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Er wurde abgelehnt, weil die vier sozialdemokratischen Stimmen fehlten. Unter denen, die vor der Abstimmung die Sitzung verlassen haben, befanden sich die Gewerkschaftssekretäre Leinert und Brückl. Der Zentrumsantrag wurde gegen die Stimmen der Verwaltung angenommen.

Daß es der Sozialdemokratie nicht ernst war mit der Vertretung der Interessen der Erwerbslosen, ergab sich aus ihrem Verhalten gegenüber den

### Anträgen auf Vertagung.

Sie stimmte in ihrer Mehrheit einem Antrag der Staatspartei zu, die weiteren Anträge abzusetzen und sofort die nichtöffentliche Sitzung einzutreten, obwohl sich unter den anderen Anträgen höchst lebenswichtige für die Arbeitslosen befanden, u. a. die auch in der SAZ veröffentlichten der SAP, und obwohl der Oberbürgermeister ankündigte, daß man vor Weihnachten nun nicht weiterberaten könnte. Die Erwerbslosen werden sich das merken und es der SPD entgegenhalten müssen, wenn sie wieder von ihrem „guten Willen“ redet. Wie im Hessischen Landtag hat sich auch hier gezeigt, daß die SPD sich so mit dem bürgerlichen Apparat verbunden fühlt, daß ihr der einfachste Instinkt für das, was das Proletariat braucht, abhanden gekommen ist.

Nach 12 Uhr nachts war die öffentliche Sitzung des Stadtrats beendet.

daß von der Bundesleitung des ADGB eine Politik getrieben wird, die den Gewerkschaften den Boden unter den Füßen fortzieht. In der Abstimmung wurde die Resolution an die Regierung als Illusionär verworfen. In der angenommenen Resolution an den Bundesvorstand wird verlangt, daß der Bundesvorstand unter allen Umständen eine andere Politik treiben muß, daß er nicht allein Hitler, sondern auch Brüning bekämpfen muß, das heißt mit anderen Worten: Macht Schluß mit der Tolerierung! Die Eingabe an den Völkerbund zwecks Beschleunigung der Abrüstung wurde gleichfalls als eine Illusion fallen gelassen. Außerdem wurden noch örtliche Angelegenheiten besprochen. In der nächsten Sitzung soll ausführlich zu dem „freiwilligen“ Arbeitsdienst Stellung genommen werden.

Wie kommt man am besten über die Notverordnungen hinweg? Ein probates Mittel dafür haben unsere christlichen Mitbürger erfunden, die heute nicht wissen, an wen sie ihre Nächstenliebe abgeben sollen. Am Neumarkt und auf der Neustraße ist ein „Weihnachtsbaum für alle“ aufgestellt worden, dessen Lichter die Augen so blenden, daß man von den Notverordnungen nichts mehr sieht. Außerdem spielt die Feuerwehrkapelle feine Lieder, die einem bestirmt das Notverordnungslos leichter ertragen lassen und gewissermaßen schon einen Vorschub auf die ewige Seligkeit darstellen.

## Frankfurt a. M.-Nied

Trotz „Weihnachtsfriedens“ Wachstum der SAP. In der gut besuchten Versammlung der hiesigen SAP-Ortsgruppe konnten nach einer regsamem Diskussion über die Einheitsfront aller Proletarier vier Neuaufnahmen vorgenommen werden. Erfreulicherweise sind es Genossinnen, welche den Weg zu uns gefunden haben. Weitere Aufnahmen stehen in Aussicht. — Wir konnten nach einer Anregung eines SAP-Genossen mit der KPD bis heute zwei Diskussionsabende abhalten. Weitere derartige Veranstaltungen sind nach Ausarbeitung örtlicher Richtlinien geplant. Die bis

## Unterbezirks-Konferenz des Unterbezirks Frankenthal

Die am 20. Dezember in Frankenthal abgehaltene Unterbezirkskonferenz der SAP, die von allen Ortsgruppen des Unterbezirks besichtigt war, hatte sich mit einer Reihe organisatorischer Fragen zu befassen.

Nach dem Bericht der Ortsgruppen wurde beschlossen, in den nächsten Tagen in allen Ortsgruppen des Unterbezirks Mitgliederversammlungen durchzuführen mit dem Thema „Wie schaffen wir die wirkliche Einheitsfront?“. Diese Versammlungen sollen vor allem zur ideologischen und organisatorischen Klärung dieser Frage beitragen. Nach Aufhebung des „Weihnachtsfriedens“ sollen sodann an allen Orten öffentliche Versammlungen stattfinden.

Die Konferenz hatte sich weiter mit der Neuorganisation der SWZ im Rahmen der Badisch-Pfälzischen Arbeiter-Tribüne, den Vorbereitungen zu neuen Ortsgruppenbildungen und der Jugendfrage zu beschäftigen.

Nach einem Bericht von der letzten Bezirksausschußsitzung wurde sodann vorwiegend die Organisation unserer Schulungsarbeit besprochen.

Eine längere Diskussion setzte über die Frage der Einheitsfronttaktik ein.

Nachdem die hierbei auftauchenden organisatorischen Fragen geklärt waren, konnte die Konferenz geschlossen werden.

jetzt abgehaltenen Diskussionsabende konnten als Erfolge für uns gebucht werden. SPD und Reichsbanner stehen diesen Ausspracheabenden bis jetzt noch ablehnend gegenüber, sie waren dazu eingeladen worden. — Wir hoffen, durch uner müdliche Kleinarbeit die bis jetzt noch fernstehenden Genossen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Proletarier überzeugen zu können. Vorwärts, trotz „Weihnachtsfriedens“.

## Frankenthal (Pfalz)

„Wie schaffen wir die wirkliche Einheitsfront?“ war das Thema einer überfüllten Mitgliederversammlung der SAP am 19. Dezember, in der Genosse Ohlhof, Mainz, referierte. Der Referent gab zunächst einen Rückblick über die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus und schilderte eingehend, inwieweit diese das Gesicht und die Struktur der deutschen Arbeiterbewegung formte. Er zeigte insbesondere die ökonomische Bedingtheit der reformistischen Ideologie auf, indem er die Tatsache der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in den reformistischen und revolutionären Flügel aus der Verschiedenheit der ökonomischen Grundauffassung heraus erklärte. Er belegte dies im Rahmen der geschichtlichen Etappen der deutschen Arbeiterbewegung sehr treffend mit Beispielen. Aus dieser Grundauffassung heraus leitete er dann die Voraussetzungen zur Schaffung der wirklichen Einheitsfront ab. Die erste Voraussetzung ist die Liquidierung des Reformismus. In diesem Zusammenhang beleuchtete der Referent drastisch den Bankrott der SPD-Politik bis auf den heutigen Tag. Die zweite Voraussetzung zur Schaffung der Einheitsfront ist die Organisation des Widerstandes der Arbeiter in den Betrieben durch den Druck der Arbeitermassen auf eine Änderung des gegenwärtigen Gewerkschaftskurses. Die dritte Voraussetzung ist die Schaffung einer aktiven Vorhut, die mit der Taktik und Strategie des revolutionären Kampfes vertraut ist. Die Erfahrungen der russischen Revolution sind hierbei weitgehend zu verwerten. Nur unter diesen Voraussetzungen wird es uns gelingen, mit den SPD- und KPD-Arbeitern die Einheitsfront zu schaffen. Die eigentliche Klärung und praktische Stellungnahme zu der Frage der Einheitsfront wurde in der anschließenden lebhaften Diskussion herausgearbeitet. Die Versammlung war sich darüber klar, daß wir über der Gefahr des Faschismus nicht vergessen dürfen, daß der Kapitalismus mit den ökonomischen Tatsachen nicht fertig wird. Diese Tatsachen auferlegen uns die Pflicht, uns ganz konkret auf die Wirklichkeit einzustellen. Die Einheitsfront wird wachsen aus den Aktionen der kämpfenden Klassen heraus. — Im Anschluß wurde unsere Haltung zu den sogenannten „Einheitskongressen“ der KPD diskutiert und geklärt. — Einen breiteren Raum der Versammlung nahm die Besprechung einer Reihe organisatorischer Fragen ein. — Die Versammlung zeigte, daß die ideologische Klärung der Köpfe und der organisatorische Aufbau unserer Partei in stetigem Wachsen begriffen ist.

## Baierenheim

Zur Nachahmung empfohlen! Am 5. Dezember fand in Baierenheim, unserer kleinen Ortschaft mit etwa 500 Einwohnern, in der Gen. Kempf schon gut vorgearbeitet hatte, die Gründungsversammlung der SAP statt. Genossin Mönch, Friedberg, sprach über Ziele und Aufgaben der SAP. Zehn Neuaufnahmen konnten daraufhin in den nächsten Tagen gemacht werden, so daß unsere eifrige Gruppe dort jetzt 21 Mitglieder zählt, gegenüber ganzen zwei SPD und zwei KPD-Genossen. Laßt nur erst die Versammlungssperre aufgehoben sein, und jede der bis jetzt bestehenden Ortsgruppen wird der Mittelpunkt sein, von dem aus unsere Bewegung weitere Kreise ziehen wird!

## Helft mit!

Genossen! Helft mit am Aufbau der S. A. P. Unterstützt unsere Arbeit durch pünktliche Zahlungen.

# Sportschau der SAZ

## Sport im Reiche Katastrophale Niederlage des Thüringer Kreismeisters!

**Freiheit-Taura besiegt SV. Rositz 8:2**  
Das Zusammentreffen des Repräsentanten des 13. Bezirks mit dem Thüringer Meister hatte seine Zugkraft ausgeübt, 600 Zuschauer waren erschienen, die leider in sportlicher Hinsicht nur insofern befriedigt wurden, daß sie ein glänzend durchgeführtes Spiel der Taura verfolgen konnten, während sie durch das gänzliche Versagen der Gäste vollkommen enttäuscht wurden. Man konnte sich nur wundern, wie Rositz zweimal hintereinander Kreismeister werden konnte. Allerdings lieferten die Taura ein wirklich vorzügliches Spiel.

Innerhalb 5 Minuten nach Anstoß stand die Partie 3:0. Immer wichtiger wurden Tauras Angriffe, und erst als es 5:0 stand, kam der Gast zum ersten Treffer, nachdem man vorher einen Elfmeter verschossen hatte. Aber bald hieß es auch schon 6:1. Nach dem Wechsel kam eine kleine Wendung. Nachdem Taura bisher völlig überlegen war, raffte sich Rositz mehr und mehr auf und erreichte so ein Mittelfeldspiel, was ihnen den zweiten Treffer einbrachte. Taura spielte dann wieder überlegen wie vorher, und die Folge waren zwei weitere Treffer, die zum Endergebnis führten. Spielt Taura auch in den am 1. Januar beginnenden Kreismeisterschaftsspielen ebenso wie hier, wird es kaum zu schlagen sein.

Weitere Spiele: Rochsburg—Tauscha-Penig 4:4; Taura II—Burgstädt II 4:3; 3. Mannschaften 10:0; Claußnitz II—Hainichen II 7:0; Röhrsdorf A.M.—Concordia A.M. 11:3; Rüßdorf II—Glösa II 1:7. Jugend: Taura—Burgstädt 2:1; Claußnitz—Hainichen 3:2.

## Handball in Düsseldorf

**Freie Schwimmer Düsseldorf II—Gerresheim I 8:3 (4:2)**  
Die Schwimmer konnten auch ihr letztes Spiel im alten Jahre siegreich gestalten und haben so das Jahr 1931 ohne Niederlage überstanden. Während die Mannschaft in den letzten Spielen sehr gut war, konnte sie diesmal nicht recht gefallen. — Die Gerresheimer gehen sofort in Führung, dann machen die Schwimmer sich aber frei und schnell liegen sie mit 4:1 voran. Die Gerresheimer kommen durch einen überraschenden Rückhandwurf zum 2. Tor, und kurz nach der Pause zum dritten. Jetzt wird das Spiel interessant, denn die Gerresheimer sind nun aufgewacht, aber auch die Schwimmer, die bis dahin noch nichts gezeigt hatten, holten in einem bei ihnen bald zur Tradition gewordenen Endspurt 4 Tore, die den Sieg sicherstellten.

## Jüd. Arbeiter-Sport-Klub „JASK“, Frankfurt a. M.

Der Jüd. Arbeiter-Sport-Klub „Jask“, einer der jüngsten Arbeitersportvereine Frankfurts, konnte am 19. Dezember sein einjähriges Gründungsfest feiern. Der Festsaal der Loge Adler war überfüllt, nahezu 400 Besucher waren erschienen. Den Reigen der Darbietungen eröffneten die aktiven Sportler: unter Vorantritt des Spielmanszuges eines Brudervereins zogen an die 100 Aktive mit einem Wald roter Fahnen durch den Saal, stürmisch begrüßt von der begeistertsten Menge. — Nachdem der Vorsitzende, Genosse Miodowsky, auf die Bedeutung der jüdischen Arbeitersportbewegung hingewiesen, überbrachte Genosse Weber die Grüße der Genossen des 9. Kreises des ATUSB. In den nun folgenden Darbietungen zeigten die „Jask“-Sportler beachtliche, teilweise überraschende Leistungen. — Das

bemerkenswerte war die Tatsache, daß zum erstenmal in der Geschichte der Arbeitersportbewegung Frankfurts ein jüdischer Arbeitersportverein mit einer eigenen Veranstaltung an die Öffentlichkeit trat. Das dürfte weit über Frankfurt hinaus Aufsehen erregt haben.

## Das Feiertagsprogramm im Vogtland

ist nicht übermäßig reichhaltig. Die Genossen benutzen zumeist diese Tage, um sich dem Wintersport zu widmen oder sich einer Ruhepause hinzugeben.

**25. Dezember**  
Ellefeld—Falkenstein (14). Die zwei Nachbarvereine lieferten sich stets spannende Kämpfe, bei denen der Sieg abwechselte. Der Gruppenmeister Ellefeld befindet sich in bester Form und man darf erwarten, daß er sich in diesem Spiel behaupten wird. (39)

**26. Dezember**  
Auerbach—Remesgrün (14). Im letzten Spiel war Remesgrün der Gewinner. Ob es der Platzbesitzer in diesem Spiel sein wird, ist eine offene Frage. (30)

Weiter spielen:  
Auerbach II—Remesgrün II (12,30). (42)  
Kleinfriesen—Treuen (14,30). Die Spielweise der Gäste ist im besten Fahrwasser, sie werden den Gastgeber in seinem Sieges-

lauf aufhalten. (3) — Kleinfriesen II—Geffell (10). — Kleinfriesen II—Treuen II (13).

**27. Dezember**  
Raschau—Eintracht (14). Eintracht ist eine alte Kampfmannschaft, die sich nicht leicht schlagen läßt. Raschau stellt eine Elf, die auf jedem Posten gut besetzt ist. Nach den letzten Spielen, die Raschau gezeigt hat, zu urteilen, dürfte auch diesmal Raschau Sieger werden. (21)

Rebesgrün—Ellefeld (14,30). Großkampf in Rebesgrün. Der alte und neue Gruppenmeister treffen hier aufeinander. Ellefeld ist in Hochform, während Rebesgrün geschwächt antreten muß. Allerdings hat Rebesgrün den Vorteil des eigenen Platzes.

Wacker—5. Abt. (14).  
Wacker II—5. Abt. II (12,30). Den Siegeslauf des Gastgebers werden die Gäste nicht aufhalten können. (1)

Rebesgrün II—Ellefeld II (13).  
Eintracht II—Ruppertsgrün (9,30). (16)

## Handball

Auch im Vogtland hat der Winter seinen Einzug gehalten, die Handballspieler widmen sich auch den Freuden des Wintersports; der Spielbetrieb ist aus diesem Grunde sehr mäßig:

Haselbrunn II—Haselbrunn III (10). Schiedsrichter Wolf.  
IV. Abtl. I—Schwimmer I (10). Schiedsrichter Möckel.

## Gegen die Arbeitsdienstpflicht

### Protest der Arbeiterschwimmer des Industriegebiets

Uns wird geschrieben:  
„Am vergangenen Samstag fand in Duisburg eine Sitzung der technischen Leiter und Rettungsobleute der Wassersportvereine des 6. Bezirks im 6. Verein statt. Vertreten waren sämtliche Vereine bis auf drei der Wasserfahrer.“

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte man der im Laufe des Jahres durch den Tod hinweggerafften Genossen. Dann gab der Bezirksleiter den Jahresbericht. Der Bericht des Rettungsobmanns ergab, daß der Bezirk 172 Rettungsschwimmer(-innen) im Bezirk mustert. Von 10 Wachen sind 6242 Wachstunden geleistet worden. 10 Rettungen waren erfolgreich; 3 ohne Erfolg. Außerdem sind 3 Leichenlandungen zu verzeichnen. Erste Hilfe wurde in 63 Fällen geleistet. Zuschüsse erhielten nur Mühlheim und Ruhrort. 6 Lehrgänge wurden abgehalten. In der Diskussion wurden die für den Bezirk erhaltenen Gelder als zu wenig und für die notwendige Arbeit unzureichend bezeichnet. Eine andere Verteilung sei am Platze.

Ein Antrag, die Kreisbeiträge von 25 auf 15 Pfennig zu ermäßigen, findet einstimmige Annahme. Ferner soll im nächsten Jahre in Meesbeck ein Wochenkursus stattfinden. Meesbeck werden für dieses Jahr die Wasserballgebühren erlassen. Bei Schwimmfesten in freien Gewässern dürfen Strecken- und Tiefschwimmen nicht mehr ausgeschrieben werden.

Als Bezirksschwimmwart wurde der Genosse Bromberg-Essen einstimmig gewählt. Den Situationsberichten der einzelnen Techniker ist zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Not unter den Vereinen schwer gewütet hat, teilweise sind bis zu 90 Prozent die Mitglieder erwerbslos.

Eine lebhaftige Debatte wurde über das Thema „freiwilliger Arbeitsdienst“ geführt. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am 19. Dezember 1931 in Duisburg tagende Vereinteknikersitzung der Schwimmer des 6. Bezirks lehnt nach reiflicher Aussprache den von den Jugendpflegern

und Arbeitsämtern gemeinsam eingerichteten „freiwilligen Arbeitsdienst“ auch unter den Vereinen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes grundsätzlich ab, da dies nur auf das Arbeitsdienstpflichtjahr hinausläuft.

Will man Hilfe bringen, so soll man Tariflöhne zahlen.

Wie sieht der „freiwillige Arbeitsdienst“ aus? Die jugendlichen Arbeitslosen werden zu Kolonnen zusammengefaßt und sollen dann pro Tag 8 Stunden für 2,00 Mark, in 48 Stunden für 12,00 Mark

die Sportplätze planieren. Den Bürgerlichen ist das gleich, Hauptsache ist, ihre Plätze werden in Ordnung gebracht, aber uns Arbeitersportlern ist das noch lange nicht gleich, wir geben uns nicht dazu her, kapitalistischer Ausbeutungsmethode Vorschub zu leisten; zumal bei diesem „freiwilligen Arbeitsdienst“ der Naziwusch

Arbeitsdienstpflicht und Pflichtturnjahr der Vater des Gedankens ist.

Wer sich für dieses einsetzt, ist Wegbereiter des Faschismus und wird von uns Arbeitersportlern danach behandelt!“ B.

Soweit der Bericht. Er ist sehr interessant und sollte lehrreich sein für die Führer des deutschen Arbeitersports. Die Sitzung der Zentralkommission hat — wie wir bereits mitteilten — sich grundsätzlich für die Arbeitsdienstpflicht ausgesprochen, mit der einzigen Beschränkung, „der Eintritt in Arbeitskolonnen anderer Organisationen kann nicht empfohlen werden“. Also bedeutet die Duisburger Entschließung allerschärfsten Protest gegen die Entscheidung der Führer des deutschen Arbeitersports und damit auch gegen sie selbst.

Aber merken denn die Sportführer noch immer nicht, wie sie ihre Mitglieder enttäuschen, wieviel Schaden sie der Arbeitersportbewegung mit ihrer „Anlehnung an die SPD“ zufügen, mit der sie, um Schlimmeres zu verhüten, das Allerschlimmste selbst herbeiführen: den Vertrauensschwund bei den Sportgenossen?

## Eine Bleibe für Arbeitersportler Die „Lausitzer Hütte“ im Zittauer Gebirge

Wer als Naturfreund oder Sportler im Sommer oder im Winter im Zittauer Gebirge weilt, wer zum Wintersport ins Lauschegebiet zieht, dem sei als Stand- und Nachtquartier die „Lausitzer Hütte“ in Jägerdörfel a. d. Lausche empfohlen, ein nettes, bewirtschaftetes Haus inmitten der herrlichsten Bergwälder und des schönsten Skigebiets. Wer diese Weihnachten die Lausitzer Hütte besuchen will, dem sei geraten, seine Anmeldung sofort der Heimverwaltung zugehen zu lassen. Für die Übernachtung stehen Eisenbettstellen mit Federmatratzen zur Verfügung. Die Preise sind denkbar billigst, Arbeitslose erhalten überdies an Wochentagen 50 Prozent Nachlaß. Anmeldungen sind zu richten an Josef Eckhardt, Warnsdorf 7 CSR., Obere Mandaustraße 862.

## Lest und verbreitet die vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

**Kleine Sportnachrichten**  
Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Alle Bezirke melden bis spätestens 27. Dezember an die Geschäftsstelle des Vereins: die Kosten für Turnhallenbenutzung im November 1931, Anzahl der Mitglieder, Männer, Frauen, Jugendliche, Kinder. Wieviel davon erwerbslos. Der Vorstand.

## Organisationsnachrichten SAP

SAP-Bildungslehre-Berlin: Übungsstunden jeden Donnerstag, 20 Uhr, in der Wühlischklausur, Wühlischstr. 36. Musikkundige Genossen und Sympathisierende sind willkommen.  
Ortsgruppe Tiergarten, Abteilung Westen: Die Mitgliederversammlung fällt Mittwoch, 23. 12. aus.

Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes  
Heute, Mittwoch, 23. 12., 19.30 Uhr:

Reichsausschuß des SJV: Am 25. 12. ist in Berlin eine Reichsausschußsitzung. Wer für eine Nacht ein Quartier gehen kann, sofort telefonisch melden: Königplatz 123 (SAP).  
Erweiterte Bezirksleitung: Zur Sitzung des Festsaalbesuches p.k. täglich 1/2 20 Uhr. Beratung der L.-L.-Gedenkstunde und des „Roten Karneval“.  
Balkan — Hugo Haaser: Heim, Prenzlauer Allee 34. — Sowjetrußland.  
Baltenplatz: Heim, Tilsiterstr. 4-5. — Tagespolitik.

Falkenberg: Proletarische Weihnacht.  
Frankfurter Allee „Robert Blum“: Heim, Littenstr. 18. — Tagespolitik.  
Friedrichshain „Rosa Luxemburg“: Heim, Diestelmeyerstr. — Sonnenwendfeier.  
Lichtenberg: Heim, Dossstr. 21-22. — Kampfliederabend.  
Steglitz „Georg Ledebour“: Heim, Albrechtstr. 7a. — Politisch-satirischer Abend.  
Schönwald: Heim bei Joseph, Zepplinstr. 2a. — Diskussion.  
Zehlendorf: Gruppenabend bei Buses (Restaurant), Karlstr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag Sichel Zeitung Verlagsges. m.b.H., Druck: Georg Koeplig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage  
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2404.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2405.

Bestellpreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.  
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitung“ Verlagsges. m.b.H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 133 023.

**Volksbühne**  
Tausch u. Gebraucht  
D 4, Norden 224K  
8 Uhr:  
Die Großherzogin  
von Griechenland  
25. 12., 27. u. 28. 3 Uhr  
Lampf am Tisch

**Freie Verlagsgesellschaft  
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67**  
**Jetzt**  
müssen in den Organisationen der SAP die  
**Diskussionen über**  
das auf dem Parteitag zur Beratung stehende  
**Organisations-Statut**  
einsetzen.  
Eine gute Grundlage hierfür bietet das  
zweite Buch der „Roten Bücher“  
der Marxistischen Büchergemeinde  
**„Die Organisation  
im Klassenkampf“**  
Der Parteivorstand gibt, um den Genossen  
Motiva zur Diskussion und zur grundlegenden  
Durcharbeitung des Problems zu geben, den  
Mitgliedern der SAP dieses wichtige Buch  
vor Weihnachten zum außergewöhnlich  
ermäßigten Organisationspreis von  
**RM. 1.75 (statt RM. 4.75)**  
ab. Bestellungen sind zu richten an die  
**Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.**  
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67  
**Arbeitersportler!**  
lest die **SAZ**

Frankfurter „Klassenkampf“-Leser  
kaufen die neueste Nummer  
MONATSSCHRIFT  
**Der  
Klassenkampf**  
sowie alle Parteiliteratur,  
SAZ und SWZ  
Frankfurt a. M., Rudolfstr. 22  
**SWZ**  
Sozialistische Wochen-Zeitung  
**heute neu!**

**Stärkt  
den  
Presse  
Fonds**  
Schöne  
Pelzwaren  
bei  
**Hut Gösche**  
Hörde, Hermannstrasse 53  
Peter Schmidt  
Kohlen — Koks  
Hörde, Beukenbergstrasse 7.  
**Porzellan  
Rosenthal**  
Hörde

**Dresdner Volkshaus**  
am Schützenplatz / Ritzenbergsstraße  
anerkannt gute Küche zu niedrigen Preisen  
zu empfehlen: Mittagsgedecke zu RM. 0,90  
1,25 1,50. Gutgepflegte Biere und Weine.  
An Sonn- und Feiertagen KONZERT  
Hotel- und Fremdenheim neuzeitig ein-  
gerichtet. — Zimmer von RM. 1,50 an.

**Kritik an den Programmen  
der  
deutschen Sozialdemokratie**  
übt Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“  
der „Marxistischen Büchergemeinde“.  
Es ist  
**ein Buch das jeden angeht!**  
Bestellt sofort das  
4. Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von  
**Anna Siemsen**  
**„Antdem Wege zum Sozialismus“**  
Preis 4.75, L. Mit/Adress der MBG. 3. — RM  
**Freie Verlagsgesellschaft m. b. H.**  
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

**Vorwärts in Hessen**

In Beienheim, einer Ortschaft von etwa 500 Einwohnern, wurde eine Ortsgruppe der SAP gegründet, der sich sofort 21 Mitglieder anschlossen. Die SPD- und KPD-Gruppen bestehen aus je zwei Mitgliedern!

In Krofdorf ist im Anschluß an die letzte öffentliche Versammlung die Zahl der Mitglieder stark angewachsen. Auch neue Zeitungsleser sind gewonnen worden.

In Frankfurt a. M. traten im Anschluß an Diskussionsabende mit den Kommunisten über die Einheitsfront eine Anzahl von Mitgliedern der SAP bei. Besonders unter den weiblichen Mitgliedern ist die Zunahme groß.

**Neues aus Sachsen**

Die SPD-Ortsgruppe Brockau i. Vogtland war zu 90 Prozent zur SAP übergetreten. Inzwischen hat sich die Mitgliederzahl um 50 Prozent vermehrt.

In Ebersbach, Bezirk Bautzen, ist eine Ortsgruppe der SAP gegründet worden, der sich sofort eine große Anzahl von Mitgliedern anschloß.

In Oppach trat ein führender Funktionär der KPO zur SAP über. In der Begründung, die er für seinen Schritt gibt, erklärt er, daß nach seiner Auffassung die SAP das Sammelbecken für die Einheit der Arbeiterschaft bilden wird.

**Vordringen in den Gewerkschaften**

In der letzten Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Arnstadt wurde die bisherige Zweidrittelmehrheit der SPD gebrochen. Der Kandidat der SAP erhielt 123, das ist ein Drittel aller abgegebenen Stimmen.

**So werden „Große“ behandelt**

Lahusen haftentlassen!

WTR. Bremen, 22. Dezember.

Von der Justizpressestelle wird uns mitgeteilt, daß in der Voruntersuchungssache gegen Gebrüder Lahusen der Untersuchungsrichter im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft auf Antrag der Verteidigung beschlossen hat, daß Heinz Lahusen von der weiteren Untersuchungshaft gegen eine Sicherheitsleistung in Höhe von 100 000 Mark, die durch Bürgschaften zu stellen sind, zu versetzen sei. Der Verdacht der Flucht wird durch die inzwischen erfolgten Sicherungen und Beweiserhebungen als beseitigt angesehen. Nach dem heutigen Stand der Ermittlungen ist mit dem Abschluß der Voruntersuchung in den nächsten Tagen zu rechnen.

**Volksbegehren in Danzig erfolgreich**

Danzig, 20. Dezember.

Die Einschreibungen für das kommunistische, von den Sozialdemokraten unterstützte Volksbegehren auf Auflösung des Danziger Landtages wurden am Sonntagabend abgeschlossen. Zur Annahme waren 10 v. H. der Wahlberechtigten erforderlich (22 000). Bis um 20½ Uhr wurden an amtlicher Stelle bereits 48 000 Stimmen gezählt. Man rechnet insgesamt mit 47 000 Unterschriften für die Auflösung des Volkstages. Verfassungsmäßig wird nun der Gesetzentwurf der Kommunisten an den Volkstag gehen, wo er voraussichtlich in der Sitzung vom 5. Januar abgelehnt wird. Darauf wird der Volksentscheid auszusprechen sein.

**Sensationsmache gegen Arbeitslose?**

Kopenhagen, 21. Dezember

Vor einigen Tagen fand man bei einem Arbeitslosen eine gefüllte, höchst gefährliche Bombe. Der Mann, ein gewisser Espensen, wurde verhaftet. Montag wurden nun von der Polizei noch drei weitere Arbeitslose festgenommen, von denen einer seinerzeit an dem mißlungenen Attentat im Folketing beteiligt war. Bei einem anderen wurde eine Bombe von derselben Art, wie Espensen sie hatte, gefunden. Einer der Verhafteten, Jensen, ist als leidenschaftlicher Kommunist (!) bekannt. Man vermutet, daß es sich um ein großangelegtes Komplott handelt, das am Weihnachtsabend in Kopenhagen bei den geplanten Arbeitslosenkundgebungen zur Ausführung kommen sollte. Mit den Bomben sollten die Arbeitslosen versuchen, ihre Forderungen am Weihnachtsabend durchzusetzen. Die Polizei ist jedoch gewillt, hart vorzugehen und auf jeden Fall den Weihnachtsfrieden zu sichern.

**Rücktritt der Nanking-Regierung**

Nanking, 22. Dezember.

Die Nationalregierung ist zurückgetreten. Tschiangkai-schek ist nach seinem Geburtsort Fenghua auf dem Luftwege abgereist. Der vorläufige Vorsitzende der Nationalregierung hat die zurückgetretenen Minister dringend gebeten im Amte zu bleiben und hat ihren Rücktritt vorläufig abgelehnt.

**Faule Theorie — faule Praxis**

Grundsätzliches über die KPD / Von Fritz Sternberg

Bisher erfolgte die Sammlung der konterrevolutionären Kräfte in ungleich schnellerem Tempo als die Organisation der Einheitsfront des revolutionären Proletariats. Wenn auch der Reformismus die Hauptschuld an dieser Entwicklung trägt, so trägt doch auch die KPD ihr gerüttelt Maß an Schuld. Sie hat sich durch ihre Taktik immer stärker von den Betriebsarbeitern isoliert; sie ist daher heute unfähig, größere Aktionen zu entfalten; sie gibt den Proletariern nicht einmal konkrete Lösungen, was in dem augenblicklichen Zeitraum zu tun ist.

Ich habe in einem Aufsatz vom 9. Dezember in der SAZ, „Die Todesstunde des Reformismus“, dazu Stellung genommen, welches die ökonomischen Hintergründe waren, warum die Parteienentwicklung in Deutschland so anders verlief als in Rußland. In einem Leitartikel vom Donnerstag, dem 17. Dezember, nimmt die „Rote Fahne“ unter der geschmackvollen Überschrift

**„Die neue Agentur des Kapitals“**

zu meinen Ausführungen Stellung. Da die Frage der Parteienentwicklung in Deutschland für die Revolutionierung der Massen, für die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung ist, da ich sie in meinem letzten Aufsatz sachlich behandelt habe und weiter sachlich behandeln werde, so liegt keine Veranlassung vor, auf den rüden Ton des „Roten Fahne“-Artikels auch nur mit einem Satz zu antworten.

Sachlich ist zunächst festzustellen, daß die „Rote Fahne“ auf entscheidende Punkte nicht eingegangen ist. In meinem Aufsatz hieß es über die deutsche Parteienentwicklung in der Vorkriegszeit:

„Nun ist es außerordentlich charakteristisch, daß Lenin, der die bolschewistische Partei gegründet hat, niemals den Linken in der deutschen sozialdemokratischen Partei in der Vorkriegszeit geraten hat, eine eigene Partei zu gründen. Und Stalin, der in seinem letzten, in der „SAZ“ bereits kritisierten Artikel immer wieder betont, daß Lenin niemals in der Einschätzung der Vorkriegs-Sozialdemokratie geirrt hat, hat kein Dokument herbeibringen können, daß Lenin den Linken in Deutschland zur Gründung einer eigenen Partei geraten habe.“

Was schreibt die „Rote Fahne“ dazu? Es heißt in der „Darstellung“ meiner Ausführungen:

„Auch Lenin sei angeblich (!) in der Vorkriegszeit gegen die organisatorische Trennung der Linken radikal gewesen.“

Wenn Lenin nun „angeblich“ gegen die Gründung einer eigenen Partei in Deutschland gewesen ist, wenn er in Wirklichkeit dafür gewesen ist, so hätte man erwarten müssen, daß die „Rote Fahne“ dies mit irgend einem Dokument belegte. Das hat sie natürlich nicht getan: Es gibt kein solches Dokument.

Weiter hatte ich geschrieben, daß Lenin sich in der Radikalität der deutschen Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit getäuscht habe; ich schrieb:

„Als er ins Exil in die Schweiz die Nachricht bekam, daß die 110 deutschen Sozialdemokraten für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hätten, hielt er das zunächst für ein Fälschungsmanöver des deutschen Generalstabs, um über die Lage hinwegzutäuschen.“

Die „Rote Fahne“ hat „vergessen“, darauf einzugehen. Warum? Weil es die Wahrheit ist.

Weiter: ich hatte in meinem Aufsatz u. a. zum Problem der Arbeiter-Aristokratie geschrieben:

„Und nachdem die absoluten Verelendungstendenzen des Kapitals sich immer stärker durchsetzen, zeigt es sich sehr deutlich, wie unzureichend die Theorie von der Arbeiteraristokratie ist. Es war niemals so und ist es auch heute nicht, daß die Arbeiteraristokratie die reformistischen Elemente wären, und die schlechtest bezahlten Arbeiter die revolutionären. Die Metallarbeiter z. B. sind stets besser gestellt gewesen als die meisten übrigen Arbeiterkategorien, und sie waren immer revolutionärer als die übrigen.“

Die „Rote Fahne“ verschweigt das ihren Lesern. Warum? Weil sie weiß, daß die Metallarbeiter die bestbezahlten unter den Arbeitern sind, und weil gerade dort der kommunistische Einfluß zeitweilig am größten war.

Zu einem Punkt meiner Ausführungen nimmt die „Rote Fahne“ ausführlich Stellung. Ich hatte geschrieben, daß es blanke Unsinn sei, wie man noch jüngst in der „Internationale“ zu beweisen versuchte, daß „bereits in der Vorkriegszeit die absoluten Verelendungstendenzen des Kapitals sich durchgesetzt hätten“. Man sollte es nicht für möglich halten: die „Rote Fahne“ sucht zu „beweisen“, daß auch das deutsche Proletariat bereits in der Vorkriegszeit absolut verelendet sei. Man kann von den Redakteuren der „Roten Fahne“ nicht verlangen, daß sie Marx gelesen haben; aber man sollte doch wenigstens von ihnen verlangen, daß sie das Programm der kommunistischen Internationale gelesen hätten. In diesem ist von einer absoluten Verelendung in der Arbeiterschaft in der Vorkriegszeit nicht die Rede, sondern es heißt darüber:

„Die Scheidung der Gesellschaft in zwei Lager: ein kleines Häuflein von Kapitalmagnaten an dem einen und Riesenmassen von Proletariern an dem anderen Pol; die ununterbrochene Steigerung der Ausbeu-

tungsrate der Arbeiterklasse; die Reproduktion der grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus auf erhöhter Stufenleiter und ihre Folgen (Krisen, Kriege usw.); die ständig zunehmende soziale Ungleichheit; die wachsende Empörung des Proletariats, das der Mechanismus der kapitalistischen Produktion selbst zusammenschließt und schult — das alles unterhöhlte die Grundpfeiler des Kapitalismus und rückte die Stunde seines Zusammenbruchs näher.“

Hier wird also darüber gesprochen, daß die Ausbeutungsrate in der Vorkriegszeit gestiegen ist; hier wird davon gesprochen, daß die soziale Ungleichheit größer geworden ist; hier wird aber mit keinem Wort davon gesprochen, daß wir in der Vorkriegszeit bereits die absolute Verelendung der Arbeiterklasse gehabt hätten.

Wenn man für die Vorkriegszeit die absolute Verelendung der Arbeiterklasse behauptet, so nimmt man sich damit jede Möglichkeit, irgend etwas Konkretes über die Entwicklung der Arbeiterparteien zu sagen. Das Entscheidende war bei dieser Entwicklung, daß sich eine Arbeiteraristokratie entwickelte, nicht bei einer Verschlechterung des Lebensstandards der breiten Massen, sondern bei einer Verbesserung. Engels betont das ausdrücklich im Vorwort zu seinem berühmten Buch: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, wo er schreibt, daß die große Masse ihr Teil daran am englischen Industriemonopol habe, wie er auch im Briefwechsel mit Marx immer wieder die Verbürgerlichung des englischen Proletariats feststellt.

Die Verbürgerlichung des englischen Proletariats in Einklang zu bringen mit seiner „absoluten Verelendung“ bleibt den Redakteuren an der „RF“ überlassen.

Für den marxistischen Theoretiker, der sich nicht mit Phrasen begnügt, sondern der die konkrete Wirklichkeit theoretisch zu bewältigen sucht, ist es natürlich von entscheidender Bedeutung, festzustellen, warum sich die absoluten Verelendungstendenzen des Kapitals in den hochkapitalistischen Ländern in der Vorkriegszeit nicht durchgesetzt haben. Und da hatte ich in meinen Büchern und in diesem Aufsatz zur Begründung geschrieben, daß die außerordentlich hohen Profite, die die Bourgeoisie der hochkapitalistischen Staaten in dieser Epoche machte, von einer verhältnismäßig günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt begleitet waren. Nicht die Reservearmee nahm zu — so hieß es in meinem Aufsatz — sondern die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter. Dieser Satz hat es der „RF“ angetan und gegen ihn richtet sie ihr schwerstes Geschütz. Sie stellt zunächst fest, daß nach bürgerlichen Statistiken der Lohn von 1870 bis 1912 um 40 Prozent gestiegen ist. Aber das sei keine wirkliche Reallohnsteigerung gewesen, weil die Intensität der Arbeit im gleichen Zeitraum noch stärker gestiegen sei.

Nun haben wir das Rezept, um stets die absolute Verelendung zu beweisen. Wenn die Arbeitslöhne stiegen, und es den Theoretikern der „R.F.“ nicht paßt, dann ist eben die Intensität noch stärker gestiegen. Hauptsache, die eigene „theoretische“ Erklärung hat Recht, wie dies mir jüngst ein kommunistischer Diskussionsredner in Leipzig erklärte: „Die ökonomische Theorie ist solange abstrakt, solange sie nicht die Politik der KPD begründet.“ Aber was wird nun

**zur Lage auf den Arbeitsmärkten**

in diesen 40 Jahren gesagt? Da wird festgestellt, daß in der Krise von 1908 350 000 Arbeitslose waren, in der Krise von 1913 etwa 460 000. Nach der deutschen Statistik betrug die Zahl der Arbeiter und Angestellten 1873 3¼ Millionen, 1907 dagegen knapp 10,5 Millionen, d. h.

die Zahl der Arbeiter und Angestellten hat sich in diesem Zeitraum ungefähr verdreifacht.

Das ist die beste Bestätigung für meinen Satz: „Nicht die Reservearmee nahm zu, sondern die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter nahm zu.“ Und das Entscheidende war, daß in dieser Epoche eben mit der riesenhaften Zunahme der beschäftigten Arbeiter und Angestellten nicht parallel ging die Zunahme der Arbeitslosen. Sie war auch nach den Zahlen der „RF“ in diesem Zeitraum verhältnismäßig gering. Das Marx'sche Akkumulationsgesetz: je größer der gesellschaftliche Reichtum, desto größer die industrielle Reservearmee, — wurde also in dieser Epoche des Kapitalismus überkompensiert — und darum, weil die Lage auf den Arbeitsmärkten eine verhältnismäßig günstige war, setzten sich die absoluten Verelendungstendenzen des Kapitals damals nicht durch.

Da die kommunistische Partei Deutschlands niemals auch nur versucht hat, eine konkrete Analyse der damaligen Situation zu geben, so ist sie unfähig, auch nur eine konkrete Darstellung der heutigen Situation zu geben; so ist sie unfähig, für diese konkrete Situation Aktionen einzuleiten. Was ist das Wesen des Leninismus?

**Für die konkrete Situation die konkrete Aufgabe zu stellen.**

Was ist das Wesen des Zentrismus? Das Wesen des Zentrismus ist, in zugespitzten Situationen der konkreten Aufgabe auszuweichen. Die kommunistische Partei Deutschlands, die unfähig ist zu einem konkreten Programm, ist daher eine zentristische Partei. Die Sozialistische Arbeiter-Partei wird durch ihre Aktionen der Arbeitermassen beweisen, daß revolutionäre Theorie und revolutionäre Praxis ein einheitliches Ganzes sind.

**Basler Einigungsformel**

Nur Tatsachenfeststellung — Entscheidung fällt Regierungskonferenz

Basel, 22. Dezember.

Die Telegraf-Union meldet: Der Redaktionsausschuß des Sonderausschusses hat am Montagabend gegen 21 Uhr die eigentliche Abfassung der Schlussfolgerungen des Gutachtens unter dem Vorsitz des Präsidenten Beneduce begonnen und tagt um 1 Uhr nachts noch. Die Sachverständigen der einzelnen Abordnungen kommen und gehen; Texte werden geschrieben und wieder abgeändert; kurz: es geht mit allen Kräften dem Ende zu.

Die Einigungsformel, die gefunden wurde, ist die, daß auf besondere Empfindungen und Anregungen verzichtet wird, daß in den Schlussfolgerungen... weder die Frage der Reparationen noch der privaten Schulden mit bestimmten Hinweisen aufgeführt wird.

Man wird betonen, daß der Ausschuß auf den

Antrag Deutschlands gemäß dem Young-Plan eine genaue Prüfung der Gesamtheit der deutschen Verhältnisse vorgenommen hat, daß der Eindruck, den man von den besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands erhielt, ein überaus starker ist und deshalb die Regierungskonferenz auffordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Einigungsformel, wird von allen Vertretern unterzeichnet. Für Deutschland werden keine neuen Bindungen gefordert.

Frankreich überläßt die Entscheidung über geschützte und ungeschützte Reparationen der Regierungskonferenz.

England läßt die Frage der privaten Verschuldung nur nach allgemeinen Gesichtspunkten aufzuführen. In einer Einleitung zum Gutachten dürfte der Sonderausschuß dann noch einen Überblick über die Art und Bedeutung seiner Tätigkeit geben.

**Hitler bricht einen Finger**

Ein Autounfall des Großen Adolf.

Adolf der Große hat einen Autounfall erlitten, wie der „Angriff“ nachträglich noch tief erschüttert seinen Lesern mitteilt. Auf der Rückkehr von Goebbels Hochzeit ist sein Wagen auf einen anderen geprellt und Adolf gegen die Windschutzscheibe geschleudert worden. Kein oder Teil ist verletzt worden. Hitler hat den Finger und der segnende Hakenkreuz-Pfarrer das Nasenbein gebrochen. Nur der Chauffeur, der „Pg.“ Thorak erlitt eine Gehirnerschütterung. Wäre das Hitler passiert — wer weiß, vielleicht wäre er zur Vernunft gekommen. Aber was wäre dann aus Deutschland geworden?

Erhöhtes Steueraufkommen in Frankreich. Die Gesamteinnahmen an direkten und indirekten Steuern in den ersten acht Monaten des Haushaltsjahres betragen in Frankreich 30,8 Milliarden Franken und übersteigen den Voranschlag um 235 Millionen Franken.

**Hitlerbuben in Rumänien**

Der „Ruh“ der deutschen Radautodentisten hat, wie aus Bukarest gemeldet wird, die rumänischen unreifen Burschen nicht schlafen lassen. Sie haben in einer Stärke von 4000 Mann einen Kongreß abgehalten und deutsche Hakenkreuzburschen dazu eingeladen. Der Sprecher der rumänischen Studenten begeisterte sich für die Notwendigkeit, zugleich einen Rechts- und antisemitischen Kurs zu steuern.

Der Führer der Hitler-Leute, Motz, betonte in seinem Trinkspruch die Festigung der Beziehungen zwischen dem rumänischen und dem deutschen Volke und erklärte, er fühle sich glücklich zu sehen, daß in Rumänien derselbe Kampf geführt werde, den in Deutschland Hitler führe. Er forderte die rumänischen Studenten auf, sich die Hitlerbewegung zum Beispiel zu nehmen, und schloß seine Rede mit Wünschen auf den Erfolg einer deutschen und rumänischen Regierung, an deren Spitze nur Hitler und Casa, der Führer der rumänischen Antisemiten, stehen könnten.

# Wohlut bringt Zinsen

Ein Musterkind der blutigen Internationalen

Der Patriotismus der vaterländischen Waffenschmieder ist, wie man weiß, grenzenlos. Die aus englischen Kanonen versandten Granatzünder des Patrioten Krupp haben „unsere Feldgrauen“ in den glorreichen Jahren 1914 bis 1918 in ihrer Wirkung am eigenen Leib verspüren können. Durch die Wachsamkeit der französischen Sozialisten ist jetzt ein interessantes Licht auf die Geschäfte des französischen „Krupp“, des Herrn Schneider-Creuzot geworfen worden.

Dieses hervorragende Mitglied der blutigen Internationalen beherrscht bekanntlich die gewaltigen Waffenfabriken von Kreuzot und die nicht viel geringeren Skoda-Werke, die nationale Waffenschmiede der Tschechoslowakei. Aber damit ist der Geschäftsbereich des Herrn Schneider noch nicht zu Ende. Vor einem Jahr hat er ein Aktienpaket der All-Yemenen ungarischen Kreditbank gekauft, das heißt der ungarischen Staatsbank. „Zufällig“ kontrolliert diese Bank alle ungarischen Waffenfabriken. . . Ganz „zufällig“ hat nun vor kurzem die französische Regierung der faschistischen ungarischen die übsche Summe von 354 Millionen Franken (etwa 60 Millionen Mark) geliehen. Da die Kammer nicht gefragt worden ist, weiß sie auch nicht, welche Sicherheiten der bankrotte Staat der Weißgardisten geben konnte. An der Bank aber, die die Vermittlung des Pumps übernommen hat, die Banque de l'Union Parisienne, hat — Welch sonderbarer „Zufall!“ — der französische Patriot Schneider starke Interessen. Die ungarische Bank kann also dank der französischen Hilfe ihre Waffenlieferungen bezahlen, die von einer Bank abhängen, die unter der Kontrolle des Herrn Schneider steht.

Wenn das alles nicht sonderbare „Zufälle“ sind — nun, so ist es bestimmt ein gutes Geschäft, an die der Patriot Schneider übrigens gewöhnt ist. Hat er doch im letzten Jahr nicht weniger als einen Nettogewinn von 6 Millionen Francs gemacht und 20 Prozent Dividende zahlen können. Wohlut bringt den Zinsen. Und es ist echt christlich, auch seinen Feinden wohlzutun. Oder sollten die ungarischen Faschisten und Königsmacher nicht zu den Feinden des französischen Patriotismus und Republikans Schneider zählen?

# Abgesagte Stegerwaldrede

Durfte er nicht oder wollte er nicht?  
TU. Gleiwitz, 20. Dezember.  
Am Sonntag nachmittag sollte Reichsarbeitsminister Stegerwald auf einer großen Kundgebung der christlichen Gewerkschaften in Gleiwitz sprechen. Man erwartete einen Massenbesuch aus dem ganzen oberschlesischen Industriegebiet. Die Kundgebung wurde aber in letzter Stunde abgesagt. Vom Deutschen Gewerkschaftsbund wird dazu mitgeteilt, daß auch Nichtmitglieder der christlichen Gewerkschaften in den Besitz von Einlaßkarten gekommen seien, wodurch der Charakter einer geschlossenen Versammlung entsprechend den Bestimmungen über den Weihnachtsfrieden nicht habe aufrecht erhalten werden können. Der Reichsarbeitsminister hat im Laufe des Nachmittags Gelegenheit genommen, mit einem kleinen Kreis von Gewerkschaftsfunktionären die interessierenden Gegenwartsfragen der Tarif- und Lohnpolitik zu besprechen.

Der wahre Sachverhalt wird wohl so sein, daß weniger die Gefahr einer Uebertretung des notverordneten Weihnachtsfriedens als die Gefahr eines wenig weihnachtsfriedlichen Auftritts der Verammlung aus dem einfachen Grunde bestand, weil es auch bei den christlichen Gewerkschaften zur Zeit heftig gärt und diese Gärung wohl in einen Sturm der Entrüstung gegen Stegerwald hätte umschlagen können. Es ist darum auch anzunehmen, daß Stegerwald sich gern unter den Schutz der Notverordnung gestellt hat.

# Neuer Lohnabbau im Mansfeldischen

Schon um 25 Prozent gesenkt  
Halle, 27. Dezember

Die Lohnverhandlungen für den Mansfelder Bezirk sind gescheitert. Die Gewerkschaften hatten darauf hingewiesen, daß die Löhne seit 1930 insgesamt schon um 25 Prozent gekürzt worden seien. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Schlichter.

# Salzhohrungen auf Alsen

(CNB.) Sonderburg, 22. Dezember.

Dem Ingenieur Meyer aus Hamburg ist jetzt von der dänischen Regierung die Koncession für Bohrungen nach Salz auf Alsen erteilt worden. Da die Maschinen bereits um größten Teil herangeschafft sind, wird nächst mit der Arbeit begonnen werden. Ingenieur Meyer, der in Jütland auch Oel und Kali zu finden hofft, hat sich auch die Koncession für diese Bohrungen geben lassen.

# 1,5 Milliarden Lire Fehlbetrag

Rom, 20. Dezember.

Der Ausweis des italienischen Schatzamtes vom 30. November zeigt einen Fehlbetrag im Haushaltsplan von einer Milliarde 467 Millionen Lire. Der Banknotenlauf ist um weitere 137 Millionen Lire auf 14 Milliarden 254 Millionen gedrosselt worden.

# Ueberproduktion?

Henry Ford, der amerikanische Automobilfabrikant, hat kürzlich einem Auftrager seine Meinung über die wirtschaftliche Krise mitgeteilt. Er hält dafür, daß diese im Grunde „heilsam“ sein werde und daß an ihrem Ende, über dessen Datum er sich wohlweislich ausschweigt, ein neuer fabelhafter Aufschwung, neue „Prosperity“ stehen werde.

Seine Aeußerungen sind zu konfus, sie enthalten zu viel Wahres und Falsches durcheinander, als daß man sich auf knappen Raum damit auseinandersetzen könnte. Nur ein Satz sei hier herausgegriffen und als Angelpunkt für eine kleine Betrachtung verwendet. Er heißt: „Die Produktion, auch wenn sie noch so gesteigert worden ist, hat bisher in keinem Zweige der Industrie den Bedarf überstiegen“.

Höre ich recht: also keine „Ueberproduktion“? Und das steht doch in allen wirtschaftlichen Handbüchern, wird in allen Handelszeitungen immer wieder breitgetreten: daß die Krisen von der zeitweiligen Ueberproduktion in der kapitalistischen Wirtschaft herrühren, die sich eben leider Gottes nicht vermeiden lasse! Hat nicht Mister Ford selber seinen Betrieb in Detroit „zeitweilig“ zumachen und 75 000 Arbeiter entlassen müssen, weil auf einmal kein „Bedarf“ nach seinen Produkten mehr vorhanden war? Wenn der Herr Vertreter von Ford morgen zu mir käme und mir einen „erstklassigen“ Wagen fabelhaft billig auf Abzahlung anböte, würde ich ihm nicht antworten müssen: bedauere, kein Bedarf?

Nicht als ob ich nicht ganz gern einen Ford, Fiat oder Mercedes kaufen würde. Manchmal empfinde ich ein lebhaftes Bedürfnis nach so einem Vehikel, aber es wäre mir sogar geschenkt zu teuer zum Unter-

halten; mein Bedürfnis kann sich infolgedessen nicht in Bedarf, in Nachfrage verwandeln.

Wenn wir diesen kleinen Unterschied zwischen Bedürfnis und Bedarf berücksichtigen und in Fords Ausspruch jenes Wort für dieses setzen, dann hat der Mann durchaus recht. Von den Bedürfnissen aus gesehen, haben wir keine Ueber-, sondern eine Unterproduktion. Viele Millionen Menschen leiden heute darunter, daß sie ihre dringendsten Bedürfnisse, nicht gerade nach Automobilen, aber nach Brot, Fleisch, Wäsche, Kleidern und einer menschenwürdigen Behausung nicht befriedigen können. Und dabei gibt es Brot, Fleisch, Wäsche, Kleider, Holz und Steine zum Häuserbau in Hülle und Fülle, ja diese Dinge könnten noch in vielfacher Menge erzeugt werden, wenn man den Millionen Arbeitslosen auf der Welt erlauben würde, ihre müßigen Hände dafür in Bewegung zu setzen! Wie gerne täten sie's, wenn man ihnen Arbeit gäbe!

Umsonst wollen sie ja nichts haben. Die wenigsten Menschen sind so querköpfig, daß sie nicht einsehen würden, daß man zur Befriedigung seiner Bedürfnisse arbeiten muß. Ford hat da in jenem Interview noch ein anderes Wort gelassen ausgesprochen: Kein Gut könne ohne entsprechende Gegenleistung erworben werden. An wen mag er bei dieser Weisheit gedacht haben? An die Herren Tantiemen- und Dividendenschlucker, die das spielend fertig bringen? Oder an die Faulenzer von Arbeitslosen, die nicht nach Dividenden, aber nach dem Lohn ehrlicher Arbeit lüsten sind?

Das ist ja der entsetzliche Wahnsinn dieser Zeit, daß dreierlei nebeneinander, sozusagen

in verschiedenen Schubladen, bereit liegt: Waren im Ueberfluß, Gold nach Milliarden in Barren und Fässern, mit dem man Waren kaufen könnte, und Millionen von warenahungrigen Menschen, die dieses Gold nicht etwa geschenkt, sondern als „entsprechende Gegenleistung“ ihrer Arbeit in Empfang nehmen möchten, um sich Güter, Waren dafür zu kaufen.

Unser auch von Ford gepriesenes „freies“ Wirtschaftssystem bringt es nicht fertig, die Wände zwischen diesen Schubladen herauszunehmen. Im Gegenteil, es bemüht sich immer noch, sie solider zu machen, die Mauern zu erhöhen, die den freien Austausch von Arbeit, Gold und Ware behindern. Und zu solch einem System soll ein vernünftiger Mensch noch Vertrauen haben? Vertrauen zu den Menschen, die auf ihm beharren, obwohl jeder Tag mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, wohin es führt: zu immer größerer Unsicherheit, Armut und Verelendung?

Was sind das für „Führer“ unserer Wirtschaft, die sie dadurch kurieren wollen, daß sie dem ausgebluteten Körper des konsumierenden Volkes noch mehr Blut abzupfen, Gehälter und Löhne abstatt aufbauen, und nicht merken, daß sie ihr eigenes Grab damit graben? Wie wollen sie eigentlich die Produktion und den Handel wieder in Gang bringen, wenn sie es der Masse, von der sie doch leben, noch mehr erschweren, „Bedarf“ nach ihren vollen Lagern zu entwickeln, auf denen sie wie Drachen sitzen?

Es wird auch wieder einmal „esser kommen, heißt ihre ganze Weisheit, Henry Ford inbegriffen. Noch ein wenig Geduld! Und die Völker sind geduldig.

Wenn ihnen aber die Geduld doch einmal ausgehen würde?  
E. Sch.

# „Glockenläuten“ und „Teetrinken“ Die Foltermethoden in Polen — Eine Kulturschande

Dem Generalsekretariat des Völkerbundes ist kürzlich eine neue Dringlichkeitsbeschwerde über unmenschliche Mißhandlungen und Folterungen von ukrainischen politischen Gefangenen durch die polnische Polizei übergeben worden. Zur Illustration werden einige besonders krasse und am häufigsten angewandte Methoden dargestellt. Es heißt wörtlich: Neben Mißhandlungen primitiver Art, wie Faustschläge ins Gesicht, Rippenstöße, Fußtritte u. a. wird vor allem angewendet:

„Stockschläge auf Rücken, Nierengegend und Gesäß. Außerdem auf die Fußsohlen, Fersen und Unterschenkel. Geprügelt wird bis zur Bewußtlosigkeit des Häftlings.“

„Glockenläuten“. Dem Häftling werden die Hände gefesselt, die Knie durch die Arme gezogen, unter den Kniekehlen ein starker Stock durchgesteckt, an dessen Enden zwei Polizisten den Häftling hochheben, hin- und herschwingen und schließlich zu Boden oder gegen eine Wand fallen lassen.

„Aufhängen“. Mit auf den Rücken gefesselten Händen wird der Häftling an einer an den Handgelenken befestigten Schnur auf einen Haken an der Wand hochgezogen, so daß ihm die Arme und Schultergelenke unter größten Schmerzen ausgekehlt werden. Zur Verschärfung wird der Strick angezogen und nachgelassen, so daß der ganze Körper sich bewegt.

„Aufhängen und Tränken“. Der Häftling wird mit dem Kopf nach unten an einem Haken aufgehängt, der Kopf in einen Wassereimer bis zur Höhe der Ohren und Nasenlöcher gesteckt, der Häftling hierauf noch auf die Fußsohlen oder andere Körperstellen geschlagen. Durch die unwillkürliche Bewegung beim Schmerz sinkt der Kopf im Wasser unter wodurch schmerzhafteste Erstickungsanfälle hervorgerufen werden.

„Teetrinken“. Dem mit dem Kopf nach unten auf eine Bank gelegten Häftling werden große Wassermengen mittels eines Trichters oder einer Teekanne in die Nasenlöcher und in den Mund eingegossen, bis Erstickungsanfälle eintreten.

„Umknicken der Finger“. Die Finger werden nach rückwärts in den Gelenken umgebogen oder je zwei Finger derselben Hand gegeneinander auf 90 Grad auseinandergerissen.

„Mißhandlungen der Geschlechtsteile“. Schläge gegen die Nieren, den Magen und andere empfindliche innere Organe.

„Ballabechlagen“. Der gefesselte Häftling wird in einen von Polizisten und Polizeiagenten gestellten Kreis genommen und von einem zum anderen mit dem Fäusten gestoßen. Dies dauert so lange, bis er in Ohnmacht fällt. Ähnlich wird mit Fußtritten „Fußball“ gespielt.

„Reiten und Exerzieren“. Man befiehlt dem Häftling auf allen Vieren auf dem Fußboden zu weiden, schmutziges Wasser zu trinken. Oft setzt sich ein Polizist wie ein Reiter dem Häftling auf den Rücken und befiehlt ihm, auf allen Vieren Trab, Galopp usw.

In der Denkschrift werden die mißhandelten ukrainischen Häftlinge namentlich genannt, ebenso die polnischen Polizeifunktionäre, Polizeioffiziere und Agenten, die sich solcher Untersuchungsmethoden mit besonderer Vorliebe und Wirkung bedienen.

# Erkannt

Mussolini nimmt die Parade der Metropolitan, der neuen Stadtpolizei, ab. Es passieren die Motorradfahrer, die Kavallerie etc. etc. — Zum Schluß kommt der Höhepunkt, die wunderbar dressierten Polizeihunde mit ihrer Mannschaft. Auf ein Kommando des Hauptmanns sollen die Hunde losgelassen werden. Es fällt ein Schuß, der Hauptmann ruft das Erkennungswort: „Verbreyher“. — Die Hunde stürzen sich zum Entsetzen der Menge — in corpore — auf den „Duce“.

Zum Bundespräsidenten der Schweiz ist zum vierten Male der Bundesrat Motta gewählt. Vizepräsident wurde Bundesrat Schultheß, der Leiter des Volkswirtschaftsdepartements.

# Syrische Wahlen mit Maschinengewehren

Eingeborene gegen Frankreich  
Bei den gestrigen Wahlen zum syrischen Parlament ist es in Damaskus und in Hama zu Zwischenfällen gekommen. Die Wahlbüros wurden von Demonstranten gestürmt und die Wahlurnen zertrümmert. Zwischen Polizei und Demonstranten kam es zu schweren Zusammenstößen. Die Ruhe konnte nur mühsam wiederhergestellt werden. Die Wahlen wurden in beiden Städten abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt.

Ueber Damaskus ist der Belagerungszustand verhängt. Bei den Kämpfen griff französisches Militär mit Maschinengewehren ein. Resultat in Damaskus: Zwanzig Tote und einige hundert Verwundete. Ob diese „Methode“ gerade geeignet ist, die syrische Bevölkerung mit größerer Zuneigung zur französischen Mandatarmacht zu erfüllen?

# Blutiger Kampf um den Irak

Bagdad, 21. Dezember  
Bei einem Gefecht zwischen aufständischen Kurden und Irak-Truppen in der Nähe der kurdisch-irakischen Grenze hatten diese an Toten einen Offizier und 13 Unteroffiziere und Mannschaften sowie neun Verwundete zu verzeichnen, während die Kurden 20 Tote und 30 Verwundete eingebüßt haben sollen.

# Politische Verhaftungen

Dakka (Bengalen), 20. Dezember  
Die Vorsteherin einer hiesigen höheren Mädchenschule, eine junge Universitätsstudentin, und 16 junge Männer wurden heute von der Polizei im Anschluß an eine Razzia gegen 58 Privathäuser, die Mädchenschule und das Mädchenwaisenhaus verhaftet. Die Durchsuchungen erfolgten auf Grund der Bestimmungen der am 30. November erlassenen neuen Verordnung, durch die den Behörden von Bengalen besondere Befugnisse zur Unterdrückung des Terrors gegeben worden sind.

# Allahabad, 20. Dezember

Der Pandit (Gelehrter, etwa Dokortitel) Krisnank Malaviya, ein Sohn des Pandit Madanmoham Malaviya, der als Delegierter an der Konferenz am Runden Tisch teilgenommen hat, wurde verhaftet und ins Gefängnis von Naini gebracht.

# Mussolinis Bruder gestorben

Mailand, 21. Dezember.  
Arnaldo Mussolini, der um zwei Jahre jüngere Bruder des italienischen Regierungschefs, ist am Montag mittag an einem Herzschlag gestorben.  
Arnaldo Mussolini ist seit 1922 verantwortlicher Leiter des von seinem Bruder gegründeten „Popolo d'Italia“.

Arbeitslosendemonstrationen in Frankreich. Am Sonntag fanden in den Städten des nordfranzösischen Industriegebietes Protestkundgebungen gegen die Arbeitslosigkeit statt. Es ist nirgends zu ernstem Zusammenstoßen gekommen.

Dänemarks Einwohnerzahl. Die Einwohnerzahl von Dänemark betrug nach amtlicher Feststellung am 1. Juli dieses Jahres 3 666 900 Menschen, d. h. 24 000 mehr als im Vorjahre. Die Zunahme beträgt 0,68 v. H. Der Geburtenüberschuß ungefähr 25 000, was 3000 weniger ist als im vergangenen Jahre.

# Mussolinis Affen

Wie er sich räuspert und wie er spuckt,  
Das habt ihr ihm glücklich abgeguckt!

# Nationalsozialistisches Programm in Hessen

Die Zahl der Minister wird auf einen, den Staatspräsidenten, beschränkt; er wird von der NSDAP gestellt.

Sämtliche Ministerien werden zu einem, dem Staatsministerium, mit je einer Abteilung für Inneres, Finanzen, Justiz und Bildung vereinigt.

Sämtliche Staatsratsstellen werden sofort gestrichen.  
In der Zentralstelle werden zahlreiche Funktionen teils abgebaut, teils auf mittlere Behörden verteilt.

Kultur- und Schulpolitik wird bewußt auf eine christlich-nationale Grundlage eingestellt.  
Die Zahl der Abgeordneten wird auf 30 herabgesetzt.

# Faschistisches Regime in Italien

Chef der Regierung ist der Duce; bei seinem Ausscheiden schlägt der Große Rat dem König seinen Nachfolger vor; der König ist an die „Vorschläge“ gebunden.

Die „Minister“ sind ausschließlich dem Duce verantwortlich und unterstellt; sie entsprechen in Stellung und Verantwortung unseren Staatssekretären.

Italien kennt keinen Staatsrat.  
Hierarchisches Prinzip des Ständestaates, dezentralisiert von oben nach unten.

Die atheistische und rein weltliche Schule wurde zu einer religiös-katholischen; die Schule ist eine Kampfstätte des Patriotismus.  
Die Zahl der Abgeordneten beträgt für ganz Italien 400.